

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne  
 jeils oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inzerate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr  
 vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 16. Februar 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Die vierte Generalversammlung des Bundes der Landwirthe.

Heller Sonnenschein geleitete gestern die Bändler auf ihren Weg zum Busch-Firkus, und es war kein unebenes Bild, als die Lichtfluthen durch die Fenster des Versammlungslokals schlugen, ganze Reihen von Zuhörern übergoßen und um die Köpfe Strahlenkränze woben. Aber keine Fest- und Frühlingsstimmung machte sich unter den Anwesenden bemerkbar. O ja, es wurde gellächelt, und Hoch geschrien und mit den Füßen getrampelt, wobei sich die Bütschlein, die für den Wahlfonds sammelten, ganz besonders hervorthaten, doch den Blick der Siegeszuversicht sah man in keinem Auge. Mit einem Worte: Es war die öbste Generalversammlung, die der Bund der Landwirthe bisher gehabt. Es gelang diesmal dem Bunde nicht, den Firkus zu füllen, ganze Sitzreihen blieben leer, und auch dort, wo man dichter saß, konnte von einem Gedränge keine Rede sein. Doch das ist eine Erscheinung, die unserer Meinung nach nicht allzu schwer ins Gewicht fällt. Bedenklicher schon ist der Umstand, daß die Mitgliederzahl des Bundes im letzten Jahre nicht nur nicht gewachsen ist, sondern noch eine kleine Einbuße erlitten hat. Das pflegt Parteien, denen man eine Zukunft zugestehen muß, ansonst nicht zu widerfahren. Am Schlusse des Jahres 1895 führte der Bund 189 000 Mitglieder in seinen Listen, am Schlusse des letzten Jahres waren es noch 184 271. Und noch am 1. Februar 1897 waren gegen 88 000 Mark Mitgliederbeiträge ausstehend. Von den ganzen Mitgliedern zählt nur 1 pCt. einen größeren Jahresbeitrag als 20 M.; vor einem Jahre waren es noch 2 pCt. gewesen. Da sich die Mitgliederzahl im großen und ganzen nicht geändert hat, muß ein Theil der 20 Mark-Männer ausgetreten sein, oder anders gesagt, eine Anzahl Junker hat dem Bunde den Rücken gelehrt. Diese Leute empfinden die Vortheile, die für sie aus den „kleinen Mitteln“ fließen, und wollen es lieber mit „Water Ploß“ als mit der Regierung verderben.

Dieses Zurücktreten des adeligen Elements machte sich auch in der gestrigen Generalversammlung bemerkbar. Keiner der in den Parlamenten so jungensinken, adeligen Großgrundbesitzer that auch nur den Mund auf, die meisten fehlten überhaupt, und selbst der Graf Kanitz entschuldigte sich mit Krankheit. Es waren Redner und Agitatoren zweiter Garnitur, die zum Worte kamen. Hr. Ruhland, der Bismarck-Dahn und Herr Dr. Röske. Die beiden ersten referirten über die Börsenreform. Herr Röske sprach über die Absperren der deutschen Grenzen gegen die Einschleppung von Viehschunden. Ueber die Getreidespekulation zogen die Herren ja nicht schlecht her, der Regierung gegenüber sandten sie jedoch keinen anderen Ausdruck als das Wort Bedauern. Die einstimmig angenommenen Resolutionen bedauern, daß die Regierung keine Maßnahmen getroffen hat, um dem neuen Börsengesetz volle Geltung zu verschaffen, bedauern, daß die Regierung der Eingabe des Bundes nicht gefolgt und die Grenzen für fremdes Vieh geschlossen hat. Zuversichtlich erwartet die Generalversammlung, daß die Regierung der geschwundenen Produktenbörse im Feenpalast ein Ende mache.

Das ist die ganze Ausbeute, die sachlich die Generalversammlung gebracht. Etwas wenig, wenn man bedenkt, daß der Bund im vergangenen Jahre rund 495 000 M. ansgegeben hat und in seiner Zentralliste 84 Beamte beschäftigt. Die Ausgaben waren übrigens im Jahre 1895 ebenso hoch. Ein weiterer Beweis, daß das Wachstum des Bundes nicht weiter fortschreitet. Erwähnenswerth ist vielleicht noch, daß die Generalversammlung durch eine Statutenänderung eine klarere Stellung zum Vereinsgesetz genommen hat. Die neuen Paragraphen machen den Bund zu einem Centralverein, der keine Ortsgruppen mehr, sondern nur noch Einzelmitglieder besitzt. Es ist wohl keine Frage, daß die Aenderung eine Wirkung des Prozesses Auer u. Genossen darstellt.

Die einzige Hoffnung, die die Bundeshäupter ihren Getreuen auf den Weg mitgeben konnten, waren die nächsten Reichstagswahlen. Nur bis dahin sollten sie aushalten. Da werde es sich entscheiden, ob der deutsche Landwirth wieder bessere Zeiten sehen werde. Aber zum Wählen gehörte Geld. Deshalb möchten die Anwesenden nur recht reichlich zum Wahlfonds beisteuern. In jeder Rede lebte diese Aufforderung wieder, und jedesmal erhoben die jungen Burschen, die dem Sammelgeschäft oblagen, ihre blechern Büchsen und ließen deren Inhalt klappern und rasseln.

Die Thatsache, daß die Leiter der Agrarbewegung die kommenden Wahlen als Haupttrumpf auszuspielen mußten, kennzeichnet klar die Lage, in der sich der Bund selbst befindet. Er hat kein Zugmittel mehr, deshalb setzt er alles auf die Wahllarte. Im Jahre 1895 werden über sein Sein oder Nichtsein die Boofe geworfen werden. Mit der Einigkeit im Bunde scheint es schon heute nicht zum besten bestellt zu sein. In der Versammlung wurden Klagen laut, daß von verschiedenen Seiten Versuche gemacht werden, den Kurs des Bundeschiffes zu beeinflussen, den Boden zu unterwählen, auf den die Bundesleitung bisher gestanden. Und von rechts und links kämen diese Beeinflussungen. Sie werden sich bis zu den Wahlen noch verstärken, besonders von dem Tage an, an dem die konservative Partei ihre Geschlossenheit wieder gewonnen hat.

Den Glanzpunkt in der Bundesbilanz bildet der Ausweis über die Vermittelungsthätigkeit. Vielleicht ist der Tag nicht fern, an dem von der ganzen Ploß-Herrlichkeit nichts mehr übrig ist, als eine Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaft. Die würde den nothleidenden Bändlern kein Mensch mißgönnen. —

### Politische Uebersicht.

Berlin, 15. Februar 1897.

**Aus dem Reichstage.** Auch der Kriegsminister hat jetzt sein Gehalt bewilligt bekommen, vorher aber hat Genosse **Bebel** noch eine scharfe Abrechnung mit ihm gehalten. Das billige Manöver, dessen man sich am Bundesratshaus schon wiederholt bedient hat, aus dem Umstande, daß gelegentlich irgend eines Vorgangs, der tadelnd zur Sprache gebracht worden ist, ein nebensächlicher Punkt später etwas anders herausgestellt als ursprünglich behauptet wurde, das Recht herzuleiten, die getadelten Vorgänge als falsch geschildert zu bezeichnen, wies heute **Bebel** ebenso energisch wie entschieden zurück. Unser Genosse zeigte besonders an einer Reihe von eklatanten Fällen, daß bürgerliche Gerichte, wo die mittlerweile vom Militärzwang frei gewordenen Zeugen offen mit der Wahrheit heraus rücken, zu gerade entgegengesetzten Urtheilen in derselben Sache kamen, wie vorher die Militärgerichte. Die jetzige Form des Gerichtsverfahrens beim Militär entbehre so sehr aller nothwendigen Garantien, den wirklichen Sachverhalt festzustellen und aufzuklären, daß die militärischen Behörden gar keinen Anlaß hätten, sich gestützt auf die Ergebnisse dieses Verfahrens, auf das hohe Ross zu setzen. Die Geheimniskammer, mit der sich die Militärjustiz umkleide, müsse nothwendig Mißtrauen erregen. **Bebel** sprach sich auch noch in schärfster Form gegen die Jubilation mildernder Umstände an Bräsewitz aus und erinnerte, zur Illustration der Zustände in der Armee, an die Thatsache, daß die deutsche Armee in bezug auf die Selbstmorde hinter Oesterreich an zweiter Stelle rangire.

Der sächsische Militärbevollmächtigte glaubte den Vorwurf **Bebel's**, daß in der Armee Politik getrieben werde, damit zurückweisen zu können, daß er meinte, in der Armee werde nur vor Sozialdemokraten gewarnt, daß sei aber kein Politiktreiben. Herr **von Stumm** schimpfte heute auf den Stöcker, mußte sich aber von dem Herrn Präsidenten belehren lassen, daß Stöcker nicht einmal zu einem Kriegerverein, viel weniger zur Armee gehöre. Graf **von Roon** variirte den Satz: Autorität nicht Majorität, und er räsonnirte außerdem auf das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Treffend bemerkte ihm **Bebel**, daß es wirklich nicht geschmackvoll sei, dasselbe Recht zu lästern, auf grund dessen man im Hause anwesend sei.

Von unserem Genossen **Ulrich** wurden die Schädigungen zur Sprache gebracht, welche durch das Kontinuumwesen den kleinen Geschäftskleuten zugefügt werden.

Hierauf wurde das Gehalt des Ministers bewilligt.

Beim Kapitel: Militärgeistlichkeit, brachte Dr. **Lingenß** seine alten Klagen über die nach ihm noch immer mangelhafte Militärseelsorge zur Sprache.

Hierauf ergriff beim Kapitel: Militär-Justizverwaltung, Genosse **Kunert** das Wort, um an einer Reihe von trassen Beispielen die Mängel und Härten der Militärjustiz treffend zu geißeln. Da Kunert die Dinge mit den Namen belegte, welche sie verdienten, wurde er am Schlusse seiner Ausführungen zur Ordnung gerufen.

Morgen 12 Uhr Fortsetzung.

**Das preussische Abgeordnetenhause** erledigte heute zunächst den vom Herrenhause herübergekommenen Gesetzentwurf betr. die Ergänzung einiger jagdrechtlicher Bestimmungen in erster Lesung und überwies sodann die Vorlage betr. die Abänderung des Fürsorge-Gesetzes für die Wittwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten nach kurzer Debatte, in der sich Redner aller Parteien in zunehmendem Maße äußerten, an die verhärtete Subjekt-Kommission. In der hierauf begonnenen zweiten Lesung des Justiz-Gesetz hielt **Abg. Wandell** (f. Sp.) beim Titel „Ministergehalt“ eine wirkungsvolle Rede, in der er zunächst auf die Anwendung des Groben-Unfug-Paragraphen hinwies und dem Minister für dessen kühnlich veröffentlichten Erlass gegen den mit diesem Paragraphen getriebenen Mißbrauch seinen Dank aussprach. Hierauf übte Redner unter lebhaftem Beifall der Linken und des Zentrums und steigender Unruhe der rechten Seite eine scharfe Kritik an der Handhabung des Begnadigungsrechts. Bei Quellen und Amtsüberschreitungen von Beamten sei die Begnadigung zur Regel geworden, während bei Majestätsbeleidigungen niemals die Strafe erlassen werde. Der Achtung vor den Gesehen komme eine solche Praxis nicht zu gute, besonders wenn man nicht davon überzeugt sei, daß individuell, je nach der Lage des einzelnen Falles, sondern generell nach der Natur des Vergehens verfahren werde. Wenn andererseits ein Zivilist sich wegen Mißhandlung eines Beamten beschwerte, so werde er gewöhnlich selbst unter Anklage gestellt; werde aber wirklich einmal der Beamte verurtheilt und trete dann, wie es ungemein oft geschieht, Begnadigung ein, so komme der Mißhandelte überhaupt nicht zu seinem Recht. Wenn auch der Gnadenakt ein Akt der Krone sei, so sei doch der die Verfügung gegenzeichnende Minister dafür verantwortlich. Zum Beweise für seine trefflichen Ausführungen brachte der Redner zahlreiche Fälle vor, darunter auch den Fall Lorenz, der bekanntlich, weil er einen Angeklagten durch Mißhandlungen zum Geständnis zwingen wollte, zu einem Jahre Zuchthaus verurtheilt, aber nach 8 Tagen bereits aus dem Zuchthaus entlassen wurde.

Der Justizminister **Schönstedt** bekamnte sich in seiner Entgegnung zu den Grundsätzen der Verfassung über die Handhabung des Groben Unfug-Paragraphen, die auf ihm unerklärliche Weise

in die Oeffentlichkeit gedrungen sei. Im übrigen erklärte er, die volle Verantwortung für die zahlreichen Begnadigungen zu übernehmen, die in jedem einzelnen Falle genau geprüft würden. Dem Willen des Monarchen, eine Begnadigung eintreten zu lassen, könne er sich nur widersetzen, wenn durch diesen Akt ein Staatsinteresse gefährdet sei. Im vorigen Jahre seien 21 Polizeibeamte begnadigt, 19 hingegen nicht. Bei Majestätsbeleidigungen sei in 29 Fällen Begnadigung eingetreten. Im Falle Lorenz liege allerdings ein Versehen vor; eigentlich hätte dieser Beamte, nachdem er einmal die Strafe angetreten, nicht aus dem Zuchthaus entlassen werden dürfen. Seine Strafe sei nachträglich im Gnadenwege in ein Jahr Gefängniß umgewandelt. — Die Konservativen ließen durch den Abgeordneten **Simon von Jastrów** erklären, daß sie sich an der Diskussion nicht betheiligen würden, da ein Recht zur Erörterung des Begnadigungsalles den Kammeren nicht zustehe.

Die Debatte, die sonst nichts Bemerkenswerthes bot, wird morgen fortgesetzt.

Das Herrenhaus, das wieder zusammengetreten ist, berieft heute nur Petitionen.

**Zu Wahlkampf** befindet sich unsere Partei jetzt in drei Ländern: in Italien, in Oesterreich und in Holland. In allen drei Ländern ist das Wahlrecht ein beschränktes, und ist die Ausübung desselben an Bedingungen geknüpft, welche den freien Ausdruck der Volkswünsche und des Volkswillens möglichst erschweren. Unsere italienischen Genossen stehen nicht zum ersten Male im Feuer — sie haben sich gegen Giolitti und Crispi erprobt; sie werden auch gegen Rudini ihre Schuldigkeit thun.

In Oesterreich und Holland haben unsere Genossen ihren ersten Wahlfeldzug und kämpfen sie ihren ersten Wahlkampf. In den Schwierigkeiten, die seitens der Organe der Geldmacht ihnen in den Weg gelegt werden, gefeilt sich der Mangel an Erfahrung, dem, wie bei jeder neuen Truppe, nur der Kampf selbst abhelfen kann. Die Berichte, die wir aus Oesterreich und Holland erhalten, beweisen, daß unsere Genossen dort auf dem Posten sind und einen Eifer und ein praktisches Geschick entwickeln, die den Erfolg verbürgen.

Gut Glück den Genossen in Italien, Oesterreich und Holland! —

**Der Sandstreich der griechischen Regierung** gegenüber Kreta ist vorläufig mißglückt. Daß die Griechen ohne Ermunterung von Seiten Rußlands, oder Englands, oder beider Mächte, vorgegangen seien, ist zwar nicht anzunehmen, oder ob nun das Vorgehen selbst nicht mit der für die Wahrung des diplomatischen Decorums nöthigen Klugheit stattfand, oder ob die Verhältnisse sich inzwischen geändert haben — gewiß ist, daß alle Mächte, Rußland und England eingeschlossen, sich jetzt gegen Griechenland erklärt und erforderlichen Falles mit gewaltsamem Einschreiten gedroht haben. Da muß natürlich der tapfere Prinz Georgios wieder heindampfen und wird froh sein müssen, wenn er seine Eltern noch auf dem Thron findet. Wie lange wird aber die „Einigkeit“ der Großmächte dauern? —

Aus dem Nachrichtenüberfluß über die kretensische Frage, den die letzten zwei Tage gebracht haben, heben wir die folgenden Meldungen hervor:

Nach einer Meldung der „Times“ aus Kanea vom gestrigen Tage hat der höchste türkische Beamte auf der Insel Beronisch-Ploßdampfer nach Triest eingeschifft. Man glaubt allgemein, er habe den Hafen ohne Erlaubniß des Sultans verlassen, obgleich gemeldet wurde, daß sein Entlassungsgesuch genehmigt worden sei. Die russländischen seien gestern gegen die Landenge, welche die Gabelinsel mit dem Hauptland verbindet, vorgezogen und hätten die türkische Artillerie den ganzen Nachmittag hindurch in ein Gefecht verwickelt. Vor Tagesanbruch hätten etwa 400 Paschibozuks (irreguläre Truppen) und eine Kompagnie regulärer Truppen die Christen angegriffen, welche zurückgeschlagen und ins Innere verfolgt worden seien. Abends wurde berichtet, die Christen hätten Halt gemacht und behaupteten ihre Stellung. Der Kapitän des englischen Kriegsschiffes „Trasfagar“ habe dem Gouverneur von Heraklion die Nachricht zugehen lassen, er werde das griechische Kriegsschiff von einem Bombardement der Stadt abhalten, wenn die mohamedanische Bevölkerung sich ruhig verhalte. Nach einer weiteren Meldung der „Times“ aus Kanea vom heutigen Tage ist das türkische Truppenschiff, welches in aller Fröhe eingetroffen ist, wieder in See gegangen, verfolgt von dem griechischen Transportschiff „Mykal“. Die Konfuln in Kanea haben sich nach einer Meldung der „Agence Havas“ mit ihren Landbeuten auf die Schiffe ihrer Heimatländer begeben. Die russländischen unterhalten das Geschützfeuer gegen Kanea.

Aus Kanea meldet die „Agence Havas“: Die Scharmügel um die Stadt dauern ununterbrochen fort. Es treffen täglich weitere Kriegsschiffe ein. Alle Maßnahmen werden getroffen zum Schutze der Europäer jeder Nationalität und der Schutzgenossen. Ueber einen am Sonnabend stattgehabten Zwischenfall des griechischen Kriegsschiffes „Admiral Miaulis“ mit einem türkischen Dampfer wird von maßgebender Seite berichtet: Der türkische Dampfer „Fuad“ hatte in Candia türkische Truppen und Paschibozuks an Bord genommen, um sie nach einem anderen Punkte der Insel zu befördern. Der griechische Kreuzer „Admiral Miaulis“ erhielt Befehl, den „Fuad“ zur Umkehr zu zwingen. Auf die Weigerung des türkischen Schiffes, seinen Kurs zu ändern gab der „Admiral Miaulis“ zwei Kanonenschüsse auf den „Fuad“ ab, welche diesen zwangen, nach Kandia zurückzukehren. Der türkische Rutesfaris legte darauf gegen dieses Vorgehen des griechischen Kriegsschiffes bei dem Kommandanten des englischen Panzerschiffes Protest ein, und dieser erklärte dem Kommandanten des „Admiral Miaulis“, daß er in Zukunft Gewalt anwenden werde, um derartige Handlungen zu verhindern.

Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Kanea von heute, gerüchtweise verlautet, daß während der Nacht größere Mengen Waffen und Schießbedarf seitens der griechischen Schiffe gelandet worden seien. Man erwarte auch die Landung eines griechischen Obersten mit 24 Mann Artillerie und Geschützen. Zu Sitia sollen 300 Mohamedaner getödtet worden sein, auch in Kifamo seien Mohamedaner niedergemacht worden.

Das I. I. Tel.-Corr.-Bureau meldet aus Konstantinopel: Nach dem Auslaufen der griechischen Torpedokolonne wurde ein Admiralatral abgehalten. Gestern erhielt das am Goldenen Horn verankerte Geschwader Befehl, sich zur Indienststellung vorzubereiten. Es ist ferner die Zusammenziehung der in den Dardanellen, dem Bosporus, in Saloniki, dem Golf von Alexandrette und in Konstantinopel liegenden aktionsbereiten dreizehn Torpedoboote geplant. Die Werbung von der Mobilmachung einiger Bataillone im Bereiche des dritten Korps ist verfrüht, da die vom Panrak zurückgekehrten Bataillone zur eventuellen Verstärkung der Truppen an der Grenze für genügend erachtet werden.

Die „Königliche Zeitung“ meldet unterm 15. d. M. aus Paris: Gestern Abend hatten sämtliche Geschwader der in den kretischen Gewässern die Weisung in Händen, unter allen Umständen und mit allen Mitteln einen weiteren Zusammenstoß zwischen Griechen und Türken zu verhindern, sodas zur Stunde unmittelbare Gefahr von dieser Seite als abgewendet gelten darf. Es steht zu hoffen, daß die angelegte der plötzlichen Gefahr eingetretene schnelle Einigung der Mächte vorhält und weitere Gefahren verhütet.

Aus Berlin verlautet offiziell: Die Vorstellungen, welche gestern die Vertreter sämtlicher Großmächte in Athen unter Hinweis auf die aus der völkerrechtswidrigen Haltung Griechenlands für den europäischen Frieden sich ergebende Gefahr gemacht haben, sind von dem griechischen Minister des Aeußeren mit der Erwiderung beantwortet worden, daß Griechenland Kreta besetzen werde. Nach diesem Vorgange erachtet es die kaiserliche Regierung zunächst nicht mehr ihrer Würde entsprechend, weitere diplomatische Schritte in Athen zu thun. Nach vorherigen Meinungsaustrausch mit den Kabinetten der übrigen Großmächte erhielt der Kommandant von S. M. S. „Kaiserin Augusta“, welches in den nächsten Tagen von Kanea eintrifft, den Befehl, im Einvernehmen mit den kommandirenden Offizieren der übrigen in den kretischen Gewässern versammelten Seestreitkräfte der Großmächte jeden feindseligen Akt Griechenlands zu verhindern und außerdem zur Wiederherstellung der Ordnung und zur Vermeidung weiteren Blutvergießens thätlich mitzuwirken.

Aus fast allen wichtigen Kriegsschauplätzen der Großmacht wird die Indienststellung von Panzerschiffen, Torpedos etc. gemeldet. Aus Athen wird über die Einberufung der Reserven und über Truppensendungen an die türkische Grenze berichtet. Aus Rumänien kommen Nachrichten über Kriegsvorbereitungen.

Jeder Tag kann neues, unvorhergesehenes bringen. Es ist schon lange her, daß der Friede Europas so sehr von einem unbedeutenden Zufalle abhing, wie in diesen Tagen.

**Kreta.** Dieses vielumstrittene Eiland bildet ein türkisches Vilajet (Provinz), dessen Flächeninhalt 8618 Quadratkilometer und dessen Einwohnerzahl 294 192 beträgt. Kreta ist noch nicht einmal halb so groß wie das Königreich Württemberg und ist bedeutend dünner bevölkert. Während in Württemberg 109, in Preußen 91, im Deutschen Reich 97 Einwohner auf den Quadratkilometer kommen, kommen auf die gleiche Fläche in Kreta 32 Einwohner. Wichtig für die Beurteilung der schwebenden Fragen ist die Nationalitäten- und Religionsverteilung auf der Insel. Auf 1000 Einwohner kommen 697 Christen, während auf den übrigen Inseln des ägäischen Meeres, die unter türkischer Herrschaft stehen, 910 Christen auf 1000 Einwohner kommen, auf Kreta leben 205 059 Christen aus griechischer Herkunft, 88 457 Mohamedaner von griechischer Herkunft und griechisch sprechend und 618 Juden etc. Die Stadt Kanea, über die in den letzten Tagen so viel berichtet wurde, hat 12 000 Einwohner. Unter der türkischen Herrschaft ist die Einwohnerzahl sehr stark zurückgegangen. In der Blüthezeit der venetianischen Herrschaft (im 15. Jahrhundert) soll eine Million Einwohner die Insel bevölkert haben. Erst 1645 kam Kreta theilweise und nach 1670 völlig aus venetianischem in türkischen Besitz. In den hohen Gebirgen haben sich aber stets von den Türken fast gänzlich unabhängige Stämme erhalten. An dem Befreiungskampfe Griechenlands (1821) hatten sich auch die Kretenser, aber vergeblich, beteiligt. 1824 war der Aufstand mit egyptischer Hilfe blutig niedergeschlagen. Von da an bis 1840, wo die Insel wieder in direkten türkischen Besitz überging, blieb sie in Händen des egyptischen Vizekönigs. 1859, 1866—1868, 1887 und 1889 war die Insel Schauplatz von Aufständen, bei denen Griechenland stets mehr oder minder die Hand im Spiele hatte.

Kreta ist bisher trotz aller Befreiungsversuche türkische Provinz geblieben, das einzige, was es erreichte, war eine etwas selbständigere Verwaltung, als sie die übrigen Provinzen besitzen. Allem Anscheine nach wird auch diesmal der Versuch, die Insel an Griechenland anzuschließen, nicht gelingen. So wenig wir für die türkische Regierung und Verwaltung übrig haben, so muß doch mit Rücksicht auf die ungeordneten, korrupten und finanziell jerrütteten Verhältnisse Griechenlands bemerkt werden, daß mit dem Anschluß an das Königreich Griechenland für Kreta nicht viel gewonnen wäre. Freilich hängt heute das Schicksal Kretas nicht von Griechenland und der Türkei, sondern von der Eifersucht der Großmächte ab. Die Frage der Zukunft Kretas ist nur ein kleiner Teil der politischen Probleme, die mit dem Todeskampfe der europäischen Türkei zusammenhängen.

### Deutsches Reich.

Der neue Gesetzentwurf „zur Vermeidung überschüssiger Reichseinnahmen“ ist ein Bastard aus dem vorjährigen Zentrumsantrag und dem alten Finanzautomaten des Herrn Miquel.

Wenn 1897/98 den Bundesstaaten infolge reichlicher Erträge der Zölle, Verbrauchssteuern und Stempelabgaben mehr an Ueberweisungen zufließen sollte, als jetzt bei der Etatsberathung für sie an zu zahlenden Matrikularbeiträgen festgesetzt wird — so soll die Hälfte des Ueberschusses nicht mehr ihnen, sondern dem Reiche verbleiben und hier zur Verminderung der Reichsschuld bzw. der Neu-Anleihen zurückbehalten werden; das ist die Fortbildung der Frankenstein'schen Klausel, auf welche das Zentrum so stolz ist. Früher, als man die Einzelstaaten noch regelmäßig mit Ueberweisungen speiste, bewies man mit der Frankenstein'schen Klausel in Süddeutschland seine ökonomische Gesinnungslässigkeit. Heute, wo man im Reichstage entscheidet, vertheidigt man mit der „Fortbildung“ die Interessen des Reiches gegen den partikularen Eigennutz.

Doch letzteren vertritt der alte Rationalvereiner Miquel, weil er unterdeß in das Finanzministerium eines Einzelstaats versetzt worden ist. Seinen Anschauungen entspricht die hintere Hälfte des Entwurfes, wonach — wenn in einem späteren Jahre (1899/1900) die vorgeesehenen etatsmäßigen Ueberweisungen hinter den schuldigen Matrikularbeiträgen zurückbleiben — die Einzelstaaten wieder Anspruch erhalten sollen auf die ihnen jetzt vorenthaltenen Summen. Unseres Erachtens hat das Zentrum gar keinen Anlaß, der Reichstagsmehrheit von 1898/99 derart im voraus die Hände zu binden. Das Zentrum wird ja auch noch in dem nächsten Reichstage zur Mehrheit gehören und sich die Vortheile der freien Hand wahren wollen. Wie der Bundesrath hartnäckig, so läme freilich gar nichts von dem ganzen Gesetze zu stande, das heißt: das Reich könnte sich keinen Theil der Ueberweisungen für 1897/98 zurückholen. Indeß hat dagegen der Reichstag ein sehr einfaches Mittel zur Verfügung: er braucht die Anleihen in der diegetische Etatsvorlage nur durch laufende Einnahmen zu ersetzen und entsprechend die zu fordernden Matrikularumlagen höher zu bemessen. Dann bleibt entsprechend weniger den Einzelstaaten, wenn der wirkliche Ertrag aus Zöllen, Verbrauchssteuern und

Stempelabgaben, demnachst gegen die Vorausschätzung stark ansschwellen sollte. Wenn die Regierungen keinen anderen Etat haben können wie einen so gefalteten, so werden sie wohl oder übel zustimmen müssen. Herr Miquel nennt das freilich Konventionswirtschaft; aber er ist nicht einmal in den Worten mehr glücklich.

— Zur Fleischvertheuerung. Politik unserer Agrarier schreibt man uns: Das sogenannte Texas-Fieber, auf Grund dessen die deutschen Agrarier die Ausschließung des amerikanischen Rindviehs vom deutschen Markte durchgesetzt haben, ist zuerst von amerikanischen Agrariern, wenn nicht geradezu erfunden, doch weit über den wirklichen Thatbestand aufgeblasen worden. Die ersten Klagen über diese bis dahin ganz unbekannte Viehkrankheit tauchten in den sebziger Jahren auf. Bald nach Verendigung des amerikanischen Bürgerkrieges hatten teranische Viehzüchter begonnen, alljährlich große Viehherden in nördlicher Richtung nach dem oberen Mississippi und dem Michigansee zu treiben, um sie von dort auf die Märkte des Ostens der Vereinigten Staaten zu befördern. Indem Chicago diesen Handel an sich zog, wurde es zum größten Viehmarkt der Welt. Da auf den ungeheuren Grassteppen von Texas das Vieh das ganze Jahr über ohne weitere Pflege genügende Nahrung findet, so war den Viehzüchtern von Missouri, Iowa, Illinois u. s. w. diese Konkurrenz begrifflicherweise sehr unangenehm, weil sie die Fleischpreise drückte. Sie erhoben daher ein großes Geschrei und im Anschluß daran tauchten die ersten Klagen über das „Texas-Fieber“ auf. Das Eigenthümliche dieser neuen Viehkrankheit war, daß das teranische Vieh, das ihr den Namen geben mußte, gänzlich frei von ihr war, daß aber solches einheimische Vieh, welches mit teranischem Vieh in Berührung kam oder auf Weideplätze getrieben wurde, auf welchem vorher teranisches Vieh geweidet hatte, davon ergriffen wurde. Letzteres Vieh wurde nach Zurücklegung der langen Reise, die anfangs, vor dem Ausbau des Eisenbahnnetzes, zu Fuß, später in Viehwagen gemacht werden mußte, um es besser marktfähig zu machen, stets eine zeitlang auf die Weide geschickt und dort auch mit Weischofen gefüttert. Ueber die Natur des „Texas-Fiebers“ tritt man lange hin und her. Schließlich überzog die Ansicht der Sachverständigen, der sieberhafte Zustand des Viehes, welches auf den Weideplätzen des teranischen Viehes geweidet habe, rühre von einer von diesem eingeschleppten, in Texas heimischen Bede her, die sich im Sommer auf den nördlichen Weideplätzen vermehre, während sie im Winter, da sie der Kälte nicht widerstehe, wieder einziehe. Die Natur des teranischen Viehes, das auf denselben Steppen weide, wo diese Art Bede heimisch sei, habe sich an ihre Angriffe gewöhnt und werde nicht davon angegriffen, während das dieser Blausauger ungewohnte nördliche Vieh davon angegriffen werde, so daß ein Fieberzustand erfolge. Uebrigens sind die Gefahren dieses sogenannten Texas-Fiebers immer sehr übertrieben worden. Ob je Fälle davon nach dem Osten der Vereinigten Staaten verschleppt worden sind, ist streitig, und daß es über das Meer nach Europa verschleppt werden könnte, nicht denkbar. Es ist nur einer der Vorwände, unter welchem die Vieheinfuhr verboten wird, um die Fleischpreise wucherlich erhöhen zu können.

— Das Essen beim Minister v. Bötticher am Freitag, zu dem der Kaiser erschienen war, galt hauptsächlich den Mitgliedern des Deutschen Landwirtschaftsraths. Es waren etwa 60 Einladungen ergangen. Der Kaiser ließ nach dem Mahl 20 Exemplare des von ihm entworfenen Bildes „Völker Europas, wahret Eure heiligsten Güter“ an die Vertreter des Vorstandes, sowie an die ältesten Mitglieder des Landwirtschaftsraths vertheilen, ferner lobte der Kaiser Miquel's Sachkenntnis in agrarischen Fragen. Weiteres Bemerkenswerthes scheint nicht vorgefallen zu sein.

— Die Antisemiten der Provinz Brandenburg sind eine recht undankbare Gesellschaft. Am letzten Sonntag hielten sie ihren Parteitag ab, während ihr Führer Adwardt, dem sie doch so viel verdanken, erst am Dienstag in Berlin eintrifft. Abg. Dr. Förster wurde als Vorsitzender bestätigt.

In den Sitzungen wurden unter andern die Bestimmung geändert, daß der Gesamtvorstand aus dem engeren Vorstande und aus je zwei Beigeordneten der Reichstags-Wahlkreise besteht. Des weiteren nahm der Verbandtag eine Reihe von Berichten der Obmänner einiger Wahlkreise entgegen. Herr Böcker stellte fest, daß die Bestimmung für die antisemitische Bewegung sehr günstig sei und daß die dortigen Gesinnungsgenossen an dem mißliebigen Verhalten des derzeitigen Vertreters, Generals v. Bobdieski, Anstoß genommen hätten und nicht mehr gewillt seien, den Beistand der Heildorfener zu schonen. Bezüglich des Wahlkreises Osthavelland theilte Herr Dannenberg mit, der jetzige Vertreter im Reichstage Pastor Schall werde von den Konservativen nicht wieder aufgestellt werden. Da würde bei den Wahlen die Deutsch-soziale Reformpartei ihren eigenen Weg gehen. Von mehreren Seiten wurde als wirksamste Agitation die durch Flugblätter hervorgerufen.

Die Zerlegung der konservativen Partei in der Provinz Brandenburg wird durch das Vorgehen der Antisemiten nur gefördert. Wir haben nichts dagegen.

— Die blasse Furcht wird immer mehr der kapitalistischen Staatskretter-Weisheit letzter Schlus. Diesmal ist es „Der sozialistische Student“, die neubegründete Monatschrift der sozialistischen Akademiker, die zu einem ergreifenden Klage- und Warnungsruf der „Welt. Neuesten Nachr.“ Anlaß bietet. Die „neue Spezies der Aufhebung- und Bergigungsarbeit“, beleuchtet durch einige Sätze des einleitenden Artikels, in denen unsere Universitätsjünglinge und der geistige Gehalt unserer führenden Klassen treffend gekennzeichnet sind, wie durch die „blutrothe Farbe des Anchlages“, muß erneuten Anlaß zur Forderung von Ausnahmemaßregeln bieten, die dem Weiterstreiten des sozialdemokratischen Eroberungszeuges bald ein energisches „Halt!“ bieten sollen. — Die Genossen, die sich der Arbeit unterziehen, die Ideen der Sozialdemokratie in bisher unerleuchtete akademische Schichten zu tragen, werden über die aquilatorischen Erfolge, die ihnen bevorstehen, sich am wenigsten Illusionen machen. Aber die innere Unsicherheit und Haltlosigkeit des Kolosses mit thönernen Füßen, dem die Presse vom Schlage der „N. N.“ dient, ist so groß, daß selbst das kleinste Steinechen ihm Angst und Schrecken verursacht. Immerhin liegen die Dinge nicht mehr wie vor 20 Jahren, und mit Ausnahme-Maßregeln möchten die Herren jetzt auch hier ganz unerwartete Erfolge erzielen. Wir können's abwarten.

— Ganz im Tone der „Post“, und der anderen Stumm dienenden, Bismarck verehrenden Presse leitartikelt wieder einmal die „Bosische Zeitung“ über die Arbeitseinstellung in Hamburg. Gätte sie ihre Leser nicht mit jedem Tage des Hamburger Streiks an eine Steigerung ihrer Verlogenheit, und ihres einseitig verbißenen Eintretens für die Interessen der Unternehmer gewöhnt, so würde man die letzte Leitartikelleistung nicht begreifen können. Die Lante Voh in gleicher Linie mit den „Hamburger Nachrichten“ und der „Post“ und den „Berliner Neuesten Nachrichten“ ist auch ein Zeichen des Niederganges des Berliner Freisinnes.

— Mit dem System der Zustände muß gebrochen werden, schreibt die „Krenz-Ztg.“ in einer Betrachtung über den Hamburger Streik. Es soll wohl die Gerichts-Ordnung auch für die industriellen Arbeiter eingeführt werden, das wäre freilich konservative Sozialpolitik, mit der auch Stumm einverstanden wäre.

— Keingefallen ist wieder einmal die „Nordd. Allgem. Zeitung.“ Sie drückt die verlogene Notiz der „Hamburger Nachrichten“ über das Fehlen von Beziehungen zwischen Bismarck und Stieber ab, um Rebel ein auszuwichen. Gleichzeitg veröffentlicht aber fast die gesamte Presse ähnlich, wie wir schon vor Wochen, aus den Denkwürdigkeiten Stieber's den Nachweis der Beziehungen Bismarck's zu Stieber.

— Ueber den Prozeß Tausch können sich die „Hamb. Nachrichten“ nicht beruhigen. Wieder widmen sie ihm einen Zeit-

artikel. Sie sind auffassend besorgt, daß nicht nach den Hintermännern gesucht wird. Wir auch. Uns ist es damit sehr ernst. Das glaubt uns jedermann; bei den „Hamburger Nachrichten“ und ihrem bekannten Hintermann liegt aber die Sache ganz anders.

Kiel, 14. Februar. (Sig. Ber.) Die Thatsache, daß innerhalb weniger Monate nicht weniger als fünf Panzerschiffe lauffert worden sind, ist wohl überall auffällig bemerkt worden. Durch das Lauffert dieser Schiffe ist das Bestreben der Marineverwaltung nach Verjüngung der Flotte recht deutlich in Erscheinung getreten. Von den jetzt vorhandenen 18 Panzerschiffen ist nicht ein einziges, welches über 20 Jahre alt wäre. Die ältesten stammen aus den Jahren 1877—80 und 11 der Schiffe sind überhaupt erst in den 90er Jahren zur Ablieferung gelangt. Von diesen 18 Panzern bilden 10 (5 1. Klasse und 5 2. Klasse) die Hochseepanzerflotte, während die 8 Panzer der Siegfriedklasse im Verein mit 18 Panzer-Kanonendonoten die Küstenvertheidigungsklasse bilden und zur Vertheidigung der Mündungen der deutschen Flüsse und der Endpunkte des Nordostsee-Kanals bestimmt sind. Das von den jetzt noch vorhandenen Panzern noch welche aus der Liste der Panzer gestrichen werden könnten, ist für die nächste Zeit wohl nicht anzunehmen, da die Schiffe der Sachsenklasse, die ältesten, gerade jetzt auf der Germaniawerft eines Umbaus unterzogen werden. In den oben genannten Panzern würde noch der auf der kaiserlichen Werft zu Wilhelmshaven im Bau befindliche „Ersahbau Friedrich der Große“ hinzukommen.

Auffällig ist, daß der jetzt zum Kreuzer 1. Klasse degradirte „König Wilhelm“ im vergangenen Winter auf der Werft von Blohm u. Höp in Hamburg umgebaut wurde, wobei der in Aussicht genommene Betrag um nicht weniger als 770 000 M. überschritten wurde und der gesammte Umbau 1 875 000 M. kostete. Diese Ueberschreitung soll nothwendig gewesen sein, um eine Verschlechterung des Geschwerts des Schiffes zu verhindern. Durch das Streichen des Schiffes nun ist doch wohl deutlich ausgesprochen, daß das Schiff keinen Geschwerts mehr besitzt. Entweder also ist der Umbau nicht von Nutzen gewesen und das Geld ist zum Fenster hinausgeworfen, oder aber innerhalb eines Jahres ist die Ansicht der Marineverwaltung über den Werth des Schiffes eine andere geworden und dann ist das Geld ebenfalls unnütz ausgegeben. Das Schiff ist doch nicht vom Panzer zum Kreuzer umgebaut worden, sondern um weiter als Panzer zu dienen, und wenn es nun hierzu nach einem Jahre nicht mehr tauglich sein soll, dann zeigt dieses, daß man in der Marineverwaltung selbst nicht klar ist, was für ein Schiff nothwendig ist und was nicht. Und angesichts dieser Thatsache noch Stimmung für weitläufige Pläne machen zu wollen, das erscheint uns wirklich nicht angebracht.

Darmstadt, 14. Februar. (Sig. Ber.) Die zweite Kammer ist, nachdem die Wahl der Ausschüsse erfolgt war, auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Voranschütlich tritt sie nochmals in diesem Monat zusammen zur Berathung der Vorlage über die Pensionen der hessisch-preussischen Eisenbahnbeamten. Die Berathung des Staatsbudgets auf zwei Jahre findet erst im Herbst statt. Begründet wird diese Verschleppung mit der Unkenntnis über die Höhe der Matrikularbeiträge und mit dem hessisch-preussischen Staatsvertrag über die Erwerbung der hessischen Ludwigsbahn. Unsere Genossen haben verschiedene Anträge und Interpellationen eingebracht. Sie fragen an, weshalb die Regierung sich weigere, dem Verlangen der Bürgermeisterei sowie der Ladenbesitzer und Handlungsgeschäften nachzukommen und die Kreisämter zu Bingen, Alzey und Worms zu zwingen, an Sonntagen den Ladenschluss um 1 Uhr bzw. 2 Uhr anstatt wie bisher um 4 Uhr herbeizuführen. Weitere Anfragen richten sich über die beschränkten Raumverhältnisse im Gymnasium zu Offenbach, über den Stand der Vorarbeiten für die Nebenbahnen Bieber—Heusenstamm—Diegenbach und Dreieichenhain—Jesenburg—Offenbach und die Anträge betreffend die Errichtung eines Landgerichts zu Offenbach und die Gewährung von 10 Mark Diktan an alle Mitglieder der Kammer und freier Fahrt auf allen Bahnen des Großherzogthums acht Tage vor der Eröffnung und acht Tage nach Schluß der Session. Gegenwärtig werden 9 M. Diktan gezahlt, doch erhalten die in Darmstadt wohnenden Abgeordneten nichts. Von Interesse ist noch ein nationalliberaler Antrag auf Erhöhung der Pensionen der Volksschullehrer auf 1000 M. und ein Antrag der Ultramontanen (?) auf Errichtung einer hessischen Landeslotterie. Der nationalliberale Abgeordnete Welsch hat wegen erfahrener Zurücksetzung bei der Präsidentenwahl sein Mandat niedergelegt.

Karlruhe, 15. Februar. Nach dem offiziellen Wahlergebnis hat bei der Reichstags-Erzählwahl in Donau-Eschingen der nationalliberale Kandidat Dr. Metz 11 Stimmen Majorität erhalten.

Mannheim, 15. Febr. Die Generalversammlung der Mannheimer Börse beschloß mit 41 gegen 38 Stimmen die Auflösung der Productenbörse.

### Schweiz.

Zürich, 13. Februar. (Sig. Ber.) Vielleicht veranlaßt durch den Antrag des ultramontanen Abgeordneten Döbe im deutschen Reichstage auf Einführung einer Normal-Arbeitswoche hat das Zentralkomitee des schweizerischen Vereins für Sonntagsfeier an den Bundesrath und die Bundesversammlung eine Eingabe gerichtet um gänzliche Freigabe des Sonnabends. Nachmittags und Einführung einer Normal-Arbeitswoche von 60 Stunden, zu welchem Zwecke das Fabrikgesetz revidirt werden sollte. Arbeitervertreter und Sozialdemokraten gehören dem genannten Komitee nicht an. Sein Vorschlag ist daher mit doppelter Vorsicht aufzunehmen und er wird wohl die Zustimmung der organisierten Arbeiterchaft nicht finden, die ohne Zweifel mit dem Tausch des Normal-Arbeitsweekes gegen die Normal-Arbeitswoche ein sehr schlechtes Geschäft machen würde. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die ärgsten Gegner des Normal-Arbeitsweekes sich unter Umständen mit der Normal-Arbeitswoche einverstanden erklären, weil sie dann den „beweglichen Normal-Arbeitsweek“, das Ideal jedes manchesterlich gesinnten Fabrikanten, haben. Die Kontrolle des Normal-Arbeitsweekes ist einfach, die der Normal-Arbeitswoche aber so komplizirt und erschwert, daß sie fast verfaßt. Da ist der bestimmte eiffrändige Normal-Arbeitsweek immer noch viel besser als die lauschartige Normal-Arbeitswoche von 60 Stunden.

Basel, 13. Februar. (Sig. Bericht) Als die Regierung das Initiativbegehren des Bauern- und Arbeiterbundes, betreffend die Hypothekenreform, bekämpfte, gab sie das Versprechen ab, im Falle der Verwerfung des Begehrens in der Volksabstimmung einige Forderungen desselben von sich aus gesetzlich zu regeln. Das Begehren wurde verworfen und die Regierung hat nun in Gestalt eines vorliegenden Gesetzentwurfes rasch ihr Versprechen erfüllt. Sie griff aber aus dem umfangreichen Initiativbegehren nicht die sozialistisch gefärbten Punkte heraus, sondern die obligatorische Schuldnamortisation, Festsetzung eines Zinsfußmaximums und Bestimmung einer Verschuldungsgrenze. Die jährliche Amortisationsquote ist vom Entwurf auf 1/2 Prozent des ursprünglichen Schuldkapitals festgesetzt und muß nicht entrichtet werden, wenn Answuch oder Epidemie den Schuldner geschädigt haben. In bezug auf die Festsetzung einer Verschuldungsgrenze bestimmt der Entwurf, daß Grundhände nur noch bis zur Höhe der amtlichen Würdigung beliehen werden dürfen. Als Zinsfußmaximum sind 4 pCt. vorgesehen, für verspätete Zinszahlung soll nicht mehr als 1/2 pCt. gefordert werden dürfen. Abmachungen, die eine Umgehung der letztgenannten Bestimmungen bezwecken, sollen nichtig sein und für den Gläubiger eine Buße von 50—2000 Fr. zur Folge haben. Ueberdies wurden die über die gesetzliche Höhe hinaus bezahlten Beträge vom Kapital abgeschrieben. Bei wesentlichen Veränderungen des Geldmarktes soll übrigens der Ansrath (Landtag) berechtigt sein, auf den Vorschlag des Regierungsrathes ein anderes Zinsfußmaximum festzusetzen. — Die Bauern des Kantons Baselstadt werden also immerhin der Initiative der Sozialdemokraten einige Verbesserungen verdanken können.

## Italien.

— Unsere italienischen Genossen stehen gegenwärtig im Zeichen des Wahlkampfes. In einer Reihe von Städten, so in Mailand, Monza, Pallaanza u. a. ist die Aufstellung der Kandidaten bereits geschehen; in anderen wartet man nur die Beschlüsse von Provinzial-Kongressen ab. In Mailand sind u. a. auch der bekannte Genosse und bisherige Vertreter des Wahlkreises, Zurati, Advokat und Herausgeber der vortrefflichen wissenschaftlichen Monatschrift „Critica sociale“ und der Schriftsteller Verbinì ausgestellt.

Die italienischen Genossen entfalten im ganzen eine rührige Thätigkeit. Ueberall werden Versammlungen abgehalten und Flugblätter vertheilt. „Lotta di Classe“, das Zentralorgan der italienischen Partei, veröffentlicht ein Minimalprogramm, in welchem die Forderungen der Partei auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete niedergelegt sind.

— De Felice ist aus der Kammerfraktion der italienischen Sozialisten ausgeschieden, um mehr Aktionsfreiheit zu haben. In unserem Sinne gehörte De Felice nie zur Sozialdemokratie, er steht im wesentlichen auf dem Standpunkte des alten Blanquismus. Als opfermüthiger, energischer Freund der ausgebeuteten Volksklassen gebührt ihm aber nach wie vor der Hohn unserer Achtung. —

## Türkei.

Konstantinopel, 15. Februar. Die hiesigen Fremden-Schulen bleiben am Mittwoch, an welchem Tage der Sultan nach Istanbul fährt, vorsichtshalber geschlossen. Ein Zeichen für die Unsicherheit, die in der Hauptstadt des Türkischen Reiches herrscht! —

## Griechenland.

— Die Staatsschulden. Die Finanzlage des griechischen Königreichs ist ganz ungeordnet und nichts weniger als günstig. Die Verzinsung der Staatsschuld wurde auf 30 pCt. reduziert, und es ist sehr fraglich, ob auch diese geringfügige Verzinsung aufrecht erhalten werden wird. Griechenland hat im Dezember 1894 zum zweiten Male Bankrott gemacht. Die gesammte Staatsschuld Griechenlands beträgt 655,13 Millionen Franks in Gold und 167,99 Millionen Drachmen Papier. Für den Dienst der Staatsschuld sind im letzten Budget 94 Millionen Franks Gold und 12,8 Millionen Drachmen Papier eingestellt. Der nächste Koupon ist am 1. April fällig. Bis zu diesem Zeitpunkt wird es sich zeigen, ob die griechische Regierung in der Lage sein wird, die auf 30 pCt. herabgesetzte Zinszahlung für die auswärtige Schuld aufrecht zu erhalten oder ob sie sich nicht genöthigt sehen wird, zu einer neuerlichen Bankrotterklärung zu greifen.

So gleichgültig uns das Schicksal der Gläubiger Griechenlands ist, so wichtig ist es angesichts der den Frieden von ganz Europa bedrohenden Abenteuerpolitik des Königreichs, auf die elende Finanzlage hinzuweisen. —

## Amerika.

New York, 2. Februar. (Fig. Ver.) Das vom Bundes Senat abgeänderte Einwanderungsgesetz ist im Repräsentantenhaus mit 181 gegen 118 Stimmen angenommen worden. Verschiedene der Gegner wiesen darauf hin, daß dem Lande durch dasselbe gerade die „brauchbarsten“ Arbeitskräfte vorenthalten würden, während es die „gefährlichen“ Elemente nicht treffe, nämlich die Anarchisten, Nihilisten und Sozialisten, da dieselben wohl ausnahmslos die verlangte Bildungsprobe ablegen könnten. (Der anderen „gefährlichen“ Elemente, denen Amerika ein neues und ergiebigeres Feld für ihre dräben ausgeübte Thätigkeit bietet, der Bankrotteure, Hochkapler und sonstiger Gauner aus den „besseren“ Kreisen wird bezeichnenderweise keine Erwähnung gethan.) In der Debatte kam auch eine durch die Presse gegangene Arbeit eines namhaften Statistikers zur Sprache, welcher zu dem Resultat gelangt war, daß selbst dann, wenn alle industriellen Etablissements des Landes mit voller Besetzung in Thätigkeit seien, immer noch 2-300 000 überflüssige Arbeitskräfte vorhanden sein würden. Erklärt wird dies, wenn man die ungeheure Entwicklung im Maschinenwesen und in der Vereinfachung des Produktionsverfahrens im allgemeinen innerhalb des letzten Jahrzehnts in betracht zieht, wodurch Resultate erzielt werden, wie beispielsweise das aus Youngstown, Ohio, gemeldete, wonach in den dortigen Eisen- und Stahlwerken in zwei Tagen Bestellungen ausgeführt werden, die vor noch nicht einem Jahrzehnt (mit derselben Anzahl „Hände“) drei Wochen in Anspruch nahmen. —

## Reichstag.

176. Sitzung vom 15. Februar 1897. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. G. S. H. Die zweite Beratung des Reichshaushalts-Etats wird fortgesetzt beim Etat des Reichsheeres und zwar beim Gehalt des Kriegsministers.

Abg. Bebel: Man wirft uns Verdächtigungen und maßlose Uebertreibungen vor. Bis jetzt aber habe ich nicht den Eindruck gehabt, daß man unsere Beschwerden als ungerecht abthun konnte. Graf Noon und seine Partei behandeln natürlich die Presse nachrichtlich mit souveräner Verachtung, sie bedauern, daß außer ihren Zeitungen noch solche anderer Parteien vorhanden sind. Mißstände möglichst rückhaltlos zur Sprache zu bringen, wird gerade in Deutschland mehr als in anderen Kulturstaaten der Presse erschwert. Wenn man nur das geringste Häßchen findet, so geht es der sozialdemokratischen Presse an den Hals, und keine Reichsverwaltung ist gegen die Kritik ihrer Einrichtungen so empfindlich wie die Militärverwaltung. Wenn eine Zeitung Unrichtigkeiten über militärische Dinge veröffentlicht, so schießt die Militärbehörde sofort eine Verächtlichkeit oder macht eine Klage gegen die Zeitung anhängig. Wenn nun eine große Menge von Thatsachen alljährlich von den verschiedensten Parteien veröffentlicht und dann nicht berichtigt werden, dann haben wir alle Ursache, anzunehmen, daß solche Nachrichten, wenn auch nicht in allen Einzelheiten, so doch in der Hauptsache richtig sind. Der Kriegsminister hat eine eigenthümliche Taktik verfolgt; am ersten Tage behauptete er gegen Volkmar, daß sich die sozialdemokratische Partei in der Abwirthschaftung befindet, keine Bedeutung mehr habe. Als ich aber darauf reagierte, zog er am zweiten Tage ein neues Register auf und stellte die Sozialdemokratie als eine fürchterlich staatsgefährliche Partei hin, die mit allen Mitteln bekämpft werden müsse. Die Militärverwaltung möchte am liebsten, daß über alles, was auf dem Kasernenhofe und Exerzplatz vorgehe, absolutes Dunkel herrsche. Wären die Zustände so intakt, so brauchten sie nicht das Licht zu scheuen. Im Gegensatz zu ihm hat einmal Graf Caprivi offen zugegeben, daß sich die Sozialdemokraten als ausgezeichnete und brauchbare Soldaten gezeigt hätten. Auch der Abgeordnete Graf Noon hat nach dieser Richtung eine Bemerkung gemacht. Der Kriegsminister hat die Verrohung der Jugend der Sozialdemokratie in die Schuhe geschoben; wenn man aber eine so maßlose Verdächtigung gegen eine große Partei ausspricht, dann sollte man doch Beweise zur Hand haben. Bloß weil in einer Provinz so und so viele Verbrecher jugendlicher Personen vorgekommen sind und weil dort Sozialdemokraten vorhanden sind, kann man noch nicht behaupten, daß die Sozialdemokratie an dieser Verrohung schuld ist. Diese Verrohung macht sich schon seit Jahrzehnten in unserem sozialen Leben bemerkbar, und nicht allein unter der militärischrichtigen Jugend, sondern auch unter allen anderen Klassen. 1887 kamen auf 10 000 Personen 108 und 1894 124 Vergehen und Verbrechen. Diese traurige Erscheinung ist in erster Linie zu erklären aus der Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens. Der von Jahr zu Jahr schwerer werdende Kampf um die Existenz hat es dahin gebracht, daß zahlreiche Kreise aus der Gesellschaft vielfach verbrecherische Mittel und Wege ergreifen, um überhaupt noch existieren zu können. Die ungeheure Zunahme der Fabriken führt dahin, daß jüngere Leute ein verhältnißmäßig selbständigeres Leben führen, und damit wächst auch die Zahl der Vergehen und Verbrechen. Hunderttausende von Arbeiterfamilien können ihren Kindern nicht die richtige Erziehung geben; daran trägt aber nicht die Sozialdemokratie die

Schuld; sie bekämpft gerade diese Verhältnisse. Die Moralstatistik in den sozialdemokratischen Bezirken spricht zu unseren Gunsten. In Ost- und Westpreußen, Posen, Pommern, Schlesien und Bayern ist die Zahl der Körperverletzungen viel größer als in den vorwiegend sozialdemokratischen Gegenden. Was würden die Nationalliberalen dazu sagen, wenn ich behauptete, daß, weil in der Rheinpfalz, wo meine Partei sehr wenig Anhänger hat, die Zahl der Körperverletzungen 18 pCt. beträgt, sie an der Verrohung und Verwilderung dieser Gegend schuld seien. Die Verurtheilungen wegen leichter Körperverletzungen betragen in dem sozialdemokratischen Berlin nur 9,7 pCt.; im linksrheinischen Bayern beträgt die Zahl der Verurtheilungen wegen schwerer Körperverletzungen 48,9, in Berlin nur 12,5. Ähnliche Verhältnisse sind in Oberbayern. Das liegt vor allen Dingen an dem Charakter und den Sitten der Bevölkerung. Das Königreich Sachsen, das Hauptland der Sozialdemokratie, die beiden Rhein, die freien Städte Hamburg, Bremen, Lübeck, und Berlin kommen bei dieser Statistik am besten weg.

Graf Noon hat die Hoffnung ausgesprochen, er werde noch den Zeitpunkt erleben, wo es durch den Willen des Volkes oder auf dem Wege der Gesetzgebung gelingen werde, die Sozialdemokratie aus dem Reichstag zu entfernen. Er variirt hier nur ein uraltes Thema. Am liebsten möchten Sie jedes Eindringen konstitutionellen Lebens unterdrücken, oder Sie haben den geheimen Wunsch, daß im Parlament nur Junker und Junkerengenossen sind. Die Sozialdemokraten sollen von allen Vortheilen des Kulturstaates ausgeschlossen bleiben. Die Herren bedenken nicht, daß das allgemeine Wahlrecht das Korrelat der allgemeinen Steuer- und Wehrpflicht ist. Nicht die Sozialdemokratie hat das allgemeine geheime Wahlrecht im norddeutschen Bunde eingeführt, sondern Graf Bismarck, weil er sonst keine Sympathie für den norddeutschen Bund im Volke gefunden hätte. Würden Sie das allgemeine Wahlrecht abschaffen, dann hätte die ungeheure Mehrheit des Volkes überhaupt kein Interesse an dem Bestande des Deutschen Reiches mehr. Lassen Sie das allgemeine Wahlrecht an, dann lassen Sie an den Grundlagen des Reiches und Sie werden die Folgen zu tragen haben. (Der Präsident erlucht den Redner, nicht allzusehr von der Sache abzuschweifen.) Wenn von anderer Seite eine Sozialistendebatte in Szene gesetzt ist, so muß auch uns Raum gegeben werden. Ich komme auf die Sache später zurück. Nur das möchte ich sagen: Wenn eines Tages die Frage aufgeworfen werden sollte, ob 20 000 Junker ausbüßen sollen zu existiren oder 2 Millionen sozialdemokratischer Arbeiter, dann würde die Welt nicht das geringste dabei verlieren, wenn die 20 000 Junker ausbüßen, die der Gesellschaft gar nichts leisten.

Das Graf Noon der Militärverwaltung sein ganz besonderes Lob spendet, wundert mich nicht, er war früher selbst in einer sehr hohen militärischen Stellung, und die meisten seiner Freunde sind in ähnlicher Stellung. Sie betrachten die höheren Stellen als ihren ausschließlichen Besitz und glauben, daß die Armee überhaupt verloren sei, wenn die Junker nicht das entscheidende Wort zu sprechen haben. (Anruhe rechts.) Die Herren, die die Armee loben, loben eigentlich also nur sich selbst, und was man von solchem Eigenlob denkt, brauche ich nicht zu sagen.

Der Kriegsminister erklärte, daß es eine unbestreitbare Thatsache sei, daß die Zahl der Selbstmorde wegen Soldatenmishandlungen bedeutend in der Abnahme begriffen sei. Damit sagt er uns nichts neues. Ich habe das schon früher anerkannt und darauf hingewiesen, daß gerade unsere Erörterungen und Kritiken ganz wesentlich dazu beigetragen haben, daß die Zahl der Mishandlungen in der Armee abgenommen hat. Es kann der Armee nur zum Nutzen gereichen, wenn die Schäden offen und rückhaltlos hier aufgedeckt werden, und der Kriegsminister würde im Deutschen Reich und darüber hinaus moralische Eroberungen machen, wie keiner seiner Vorgänger, wenn er in solchen Fällen, wo er selbst bei objektiver Betrachtung solche Schäden anerkennt, rückhaltlos erklärt: wir werden alles aufbieten, um diesen Uebelständen ein Ende zu machen. Statt dessen sucht man fortgesetzt die Dinge zu vertuschen. Gelingt es uns, nur einen kleinen Irrthum nachzuweisen, so thut man so, als sei überhaupt nichts vorgekommen. Damit können Sie keine Sympathien beim Volke finden. Alljährlich werden 500 000 Söhne des Volkes ausgehoben und da ist es nur berechtigt, wenn wir ein großes Interesse daran haben, sie zu schützen und ihre gerechten Beschwerden hier vorzubringen. Das Volk, dessen Söhne in der Armee dienen, schüttelt darüber den Kopf. Bei 32 pCt. der Selbstmorde in der Armee ist die Ursache nicht festzustellen, bei der Zivilbevölkerung nur bei 18 pCt. Der Soldat ist doch fortwährend unter Beobachtung seiner Vorgesetzten und Kameraden, die aber über solche Vorkommnisse nichts aussagen, um nicht chikanirt zu werden. Bei der Kompanie, bei der, wie ich mitgetheilt habe, mehrere Unteroffiziere wegen Mishandlungen verurtheilt sind, hat ein Mann Scharfshmidt wegen Mishandlungen Selbstmord verübt. Redner verweist ferner auf den Selbstmord des Marzillier, dessen in Berlin wohnender Bruder sich vergeblich bemüht hat, die Ursache des Selbstmordes zu ermitteln. Der Selbstmord wird in der offiziellen Auskunft auf Selbstverstärkung zurückgeführt, während zwei Kameraden des Selbstmörders jetzt, nachdem sie vom Dienst losgelassen sind, den Selbstmord als Folge der barbarischen Mishandlungen seitens eines Unteroffiziers darstellten.

Im Fall Mohrmann, der sogar wegen Meineids bestraft worden sei, hätten sich von dem Zivilgericht die Mishandlungen nachweisen lassen, die vorher beim Militärgericht nicht zu ermitteln waren. Ich soll einen Hauptmann beleidigt haben, durch meine Ausführungen über seine Rede über die Sozialdemokratie; der Kriegsminister hat von Verächtlichkeit gesprochen. Diese Verächtlichkeit kann nicht den Grad der Beringschätzung erreichen, die ich über die oratorischen Leistungen dieses Hauptmanns empfinde. Derselbe Hauptmann erlaubt sich, Landwehrmännern gegenüber etwas zu behaupten, was schon ins Ufährliche geht, und zwar gegen die Soldaten eines hanseatischen Regiments, unter denen er Sozialdemokraten vermuthen mußte. Er sprach von Schüssen der vaterlandslösen Sozialdemokratie. Hätte ein sozialdemokratischer Soldat sich eine solche Beschimpfung verleben, er wäre zu mehreren Jahren Gefängnis verurtheilt worden. (Sehr richtig! rechts.) Wenn besondere Instruktionen über die Sozialdemokratie nicht ein Politikstreben bedeuten, was ist denn Politik? Ein Mann von besonderem seinem Ehrgefühl möchte es für unter seiner Ehre halten, in dieser Weise als Vorgesetzter seine Soldaten zu beschimpfen. Da fehlt sogar das ganz gewöhnliche Ehrgefühl jedes anständigen Mannes. Hat der betreffende Hauptmann, wie der Kriegsminister meint, diese Angriffe und Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie in Ausübung seines Dienstes ausgesprochen? Wie Politik getrieben wird, das zeigt folgender Fall. Bei einer Vorinstruktion im Winter 1894/95 erklärte der Oberst aus grund der Antwort eines Soldaten, daß er einen Zivilisten als Majestätsbeleidiger denunziren würde: „Was, Sie wollen sich auf Demunziren legen? Sie ziehen Ihr Seitengewehr und hauen ihn über den Schädel.“ Das ist also die reine Bräuferei.

Der Kriegsminister hat sehr lebhaft protestirt dagegen, daß Bräuferei ein Trivium gewesen sei, trotzdem das jetzt festgestellt ist; er hat ferner den Siepmann sehr abfällig beurtheilt, während derselbe von allen Seiten sehr günstig beurtheilt wurde. Es wird überall mit Entrüstung empfunden, daß in diesem Falle die vorgelegten Zeugen nicht alle vernommen worden sind. Das ist ein Fehler des militärgerichtlichen Verfahrens. Trunkenheit sollte bei den Offizieren mit dem besonders seinen Ehrgefühl am allerwenigsten als Milderungsgrund gelten; darin möchte eher ein Belastungsgrund liegen für den Träger des Rocks des Königs. Es zeigt geradezu von namenloser Korbheit, wenn er sagte: ich habe ihn zur Strecke gebracht! Als in den 50er Jahren einige kühnste Landwehrlente entristet waren, daß sie in einem Viehwagen transportirt werden sollten und an den Kaiser telegraphirten, wurden sie mit sieben Jahren Zuchthaus wegen Insubordination bestraft. Solches Messen mit zweierlei Maß versteht man im Volke nicht. Es muß alles aufgeboden werden, daß die Militär-Strafprozess-Ordnung einem modernen Rechtsstaat entspricht. Die Herren von der Rechten, die uns immer die schmutzigste

Methode, ja sogar, wie Herr v. Stumm, Verleumdung unterstieben, sitzen selbst im Glasbause und sollen nicht mit Steinen werfen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Militärbevollmächtigter Oberstleutnant Graf Bismarck v. Eckardt: Der Abg. Bebel hat aus dem Unstunde, daß in Dresden ein Soldat aufgefordert worden ist, zu einer Instruktion in Sachen der Sozialdemokratie zu erscheinen, den Schluss gezogen, daß entgegen den Mittheilungen des Kriegsministers in der Armeepolitik getrieben werde. Der betreffende Soldat ist in die Kasernen befohlen worden, um ihn zu warnen vor den Folgen der Bethätigung sozialdemokratischer Bestimmung, die in der Armee bestraft wird nach den bekannten Erlässen. Der Abgeordnete hat weiter behauptet, daß ein Selbstmordfall vorgekommen sei infolge einer Mishandlung eines Unteroffiziers, und er hat sich gewundert, daß in der sächsischen Militärstatistik dieser Selbstmord nicht als solcher aufgeführt sei, trotzdem die Ursache bekannt gewesen sei. Die Soldaten würden derartig eingeschüchert, daß sie es nicht wagten, die Ursachen anzugeben, auch wenn sie sie wüßten. Auch dagegen muß ich die entschiedenste Verwahrung einlegen. Wenn die Ursachen der Selbstmorde bekannt sind, so werden sie auch angegeben. (Anruhe bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. G. S. H.: Ich kann meine Statistik über die Verrohung der Jugend vervollständigen. Im 9. Armeekorps waren wegen Diebstahls und Unterschlagung 351, wegen Schlägerei 376, wegen Körperverletzung 275 Personen vorbestraft, im 16. Armeekorps wegen Vergehens gegen das Eigenthum 341, wegen Körperverletzung 337 Personen vorbestraft. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Beweist gar nichts!) Das beweist, daß im allgemeinen die Ausbildung der Mannschaften schwierig ist. Wenn Herr Bebel meint, daß Offizierkorps und Junkertum identisch sind, so weise ich nur darauf hin, daß 60-70 pCt. aller Offiziere bürgerlich sind. Den Fall Marzillier werde ich von neuem untersuchen lassen, wenn Herr Bebel mir die erwähnten Briefe übergibt. Mohrmann ist nicht wegen Meineids, sondern wegen Verleitung zum Meineid bestraft worden. Er hat zwei Leute verleitet, eine Mishandlung zu begehen, die sie gar nicht gesehen haben können. Der eine der beiden Zeugen hat sich erhängt, der andere gestanden, daß er einen Meineid geschworen. Herr Bebel hat von einem Hauptmann gesprochen, der durch Schimpfworte das Gefühl von Sozialdemokraten verletzt haben soll. Ich würde doch dringend bitten, mir das Material zur Verfügung zu stellen oder mir Zeit zu lassen, solche Sachen aufzuklären. Ich für meine Person verurtheile sie auf höchste. Die Methode, jemanden anzufügen und zu verleumbden und zu beschimpfen, mag sozialdemokratisch sein, aber sie beruht auf keinem Rechtsittel. Wenn Herr Bebel Zeugen nennen kann, so werden die Sachen untersucht werden. Den Fall Bräuferei sollte man endlich ruhen lassen. Der Mann ist bestraft worden. Ich habe ja das Erkenntniß vorgelesen. Bräuferei sind milde Umstände zugebilligt worden, nicht, weil er nicht nützlich war, sondern weil er provoziert worden ist. Der Minister verliest den betreffenden Passus. In der Armee darf allerdings keine Politik getrieben werden. Wir wollen nicht, daß eine sozialdemokratische Politik betrieben wird; die Sozialdemokratie steht nicht auf dem Boden der Reichsgesetze. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Noon (Dt.): Beistimmt, irgendwie die Keuerung gethan zu haben, daß die Sozialdemokraten gute Soldaten seien; er habe nur behauptet, daß man sich sehr freue, wenn aus den Leuten, welche aus sozialdemokratischen Schichten kommen, gute Soldaten würden. Daß die Herren Sozialdemokraten aus dem Saale verschwinden, diesen Wunsch habe ich nun einmal, und ich bin der Meinung, der Wunsch wird von der Bevölkerung getheilt. Ich bin kein Junker; ich gehöre einer eingewanderten Familie an. Die Junker und die Bauern haben aber hauptsächlich die Schlachten Preußens und Deutschlands geschlagen und haben Preußen und Deutschland groß gemacht, mehr als das allgemeine Wahlrecht. Wir wünschen eine gute, schlagfertige Armee und würden zuerst jede Art von Mißständen bekämpfen. Wir wünschen, daß in jedem einzelnen Falle eine Untersuchung eingeleitet und gründlich geführt wird, dann werden die unbegründeten Angriffe schließlich aufhören.

Abg. Gasse (natl.): Ich habe mich nur gegen die Annahme eines englischen Unterstaatssekretärs erklärt, der an amtlicher Stelle ein Urtheil über die deutsche Armee abgegeben hat, welches ich als ungebührig bezeichnete.

Abg. v. Stumm (Rp.): Ich bedauere, daß ich nicht heute schon in der Lage bin, das, was ich auf die Rede der Sozialdemokraten zu sagen habe, gedruckt übergeben zu können. Hoffentlich ist es das nächste Mal möglich. Aus dem Buche: „Der Meineid und die Sozialdemokratie“ geht hervor, daß die Sozialdemokratie im Partei-Interesse den Meineid für zulässig hält; die sozialdemokratische Presse habe sich ebenfalls in diesem Sinne ausgesprochen. Herr Bebel hat mir Unwahrheit vorgeworfen. Das ist nur eine Wiederholung dessen, was in Zeitungen gestanden hat, z. B. in der „Frankfurter Zeitung“. Ich bin sogar im preussischen Abgeordnetenhaus seitens des Abg. Sieder der Verleumdung angeklagt worden. Ich bin, da ich die Sache klargestellt habe, berechtigt, von einer bewussten Unwahrheit des Herrn Sieder zu sprechen. Das Buch Bebel's über die Frau greift die Ehe an und stellt die freie Liebe als das Ideal des Herrn Bebel hin. (Widerspruch bei den Sozialdem.) Das Beispiel, das ich gewählt habe, beweist, daß die Herren sich für berechtigt halten, über die freie Liebe hinauszuweisen, sobald nur der Wille des einen Theils maßgebend ist. Daß die Scharfereien auch anderweitig vorkommen, ist richtig, aber die sozialdemokratische Presse verteidigt diese Scharfereien, die nur von der Sittlichkeit der Kapitalisten verurtheilt wurden. Herr Bebel hat mich für unzurechnungsfähig erklärt, weil ich die Ausführungen eines Hauptmanns unterschreiben wollte. Er konnte mir auch den Esel zubilligen, den er dem Hauptmann zugebilligt hat. Es ist nicht angenehm, ein Esel zu sein, aber ich habe immer noch hundertmal lieber einen Esel als eine Hyäne. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (Soz.): Ich bitte Herrn v. Stumm, die Zusammenstellung seiner Argumente so bald wie möglich drucken zu lassen; denn ich habe so wenig wie möglich Neigung, mich immer mit ihm auseinanderzusetzen. (Beifall links.) Seine letzten Ausführungen haben mich in der Auffassung seiner geistigen Fähigkeiten außerordentlich bekräftigt. Aus sozialdemokratischen Blättern zitiert Herr v. Stumm immer so subjektiv, daß ich mich nicht eher überzeugen lassen kann, ehe ich nicht die Urchrift gelesen habe. Die Sozialdemokratie scheidet am raschesten von allen Parteien zweideutige Elemente aus; die anderen Parteien nicht. Ich erinnere nur an gewisse Vorgänge der letzten Jahre. Der Oberstaatsanwalt in Dresden hat der sozialdem. Presse nachgerühmt, daß an sie der höchste moralische Maßstab angelegt werden könne. Um Herrn Grafen Noon zu beschuldigen, werde ich meine Rede nicht unterdrücken. Wenn er meine Rede nicht hören will, so ist ja die Thür vorhanden, durch die er den Saal verlassen kann. Daß Graf Noon die Sozialdemokratie nicht objektiv beurtheilen kann, bedauere ich. Aber Graf Caprivi hat im Dezember 1892 das Verhalten der sozialdemokratischen Soldaten durchaus gelobt. Es wäre ein großes Lob für die ganze Armee, wenn Graf Caprivi dieses Lob allen Soldaten hätte spenden können. Für seine Erklärung gegen das allgemeine Wahlrecht danke ich dem Grafen Noon; aber bei einer solchen Verachtung des allgemeinen Wahlrechts sollte er es eigentlich unter seiner Ehre halten, um die Gunst des Volkes zu buhlen. (Sehr richtig! links.) Er kann doch nicht im Namen der kleinen Schicht, in der er lebt, sprechen. Im Volk wird man sich vielleicht bedanken, einen solchen Mann wieder als Abgeordneten zu wählen. Die Briefe in dem Falle Marzillier werde ich dem Kriegsminister überreichen. Ich werde auch die Zeugen bezüglich des Vorganges in der Instruktionstunde nennen. Der sächsischen Militärverwaltung habe ich keinen Vorwurf der Verleumdung gemacht. Sie hat im Falle Scharfshmidt den Versuch gemacht, die Sache aufzuklären.

Abg. Ulrich (Soz.) beschwert sich über das Kantinenwesen, daß die Geschäftsleute schwer schädige; die Kantinen haben sich zu Spezereien, Weigern und Bäckereien ausgestaltet. Redner beschwert sich ferner, daß man einen an Gallenstein leidenden Patienten ausgehoben habe, der schließlich gestorben sei; die Ärzte hätten ihn jedenfalls als Simulanten betrachtet und deshalb nicht die nöthige Vorsicht beobachtet. Briefe des Soldaten stellt Redner dem Kriegsminister zur Verfügung.

Kriegsminister v. Goltz: Ich bin bereit, die Sache unter-  
suchen zu lassen und bitte um die Dokumente. Ich kann auch hier  
nur mein Bedauern ausdrücken, daß hier ein verletzendes Urtheil  
ausgesprochen wurde, ehe die Sache untersucht ist.

Damit schließt die Diskussion über das Gehalt des Ministers.  
Persönlich fordert Abg. v. Stumm den Abg. Bebel auf, das  
Materiale vorzüglich vorzulegen, das beweisen soll, daß die  
Reichspartei sich Unwahrhaftigkeiten habe zu schulden kommen  
lassen; widrigenfalls müsse er diese Behauptung als eine verleum-  
derische Insinuation zurückweisen.

Abg. Bebel: Herr v. Stumm legt mir etwas unter, was ich  
garnicht gesagt habe.

Abg. Graf Roon: Herr Bebel glaubt wohl selber nicht, daß  
ich um die Gunst meiner Wähler buhle. Ich habe Ihnen meine  
Stellung zur Verbesserungsfähigkeit des bestehenden Wahlrechts mit-  
getheilt, bevor ich gewählt bin. Herr Bebel hat kein Recht, ein  
Urtheil über mich und meine Wähler hier auszusprechen. Er kann  
es ruhig meinen Wählern überlassen, ob sie mich für einen passenden  
Vertreter meines Wahlkreises halten.

Abg. Bebel: Dasselbe Recht, das sich Graf Roon mir und  
meinen Wählern gegenüber herausgenommen hat, werde ich mir auch  
ihm und seinen Wählern gegenüber jederzeit herausnehmen.

Das Gehalt des Ministers wird bewilligt, ebenso die übrigen  
Ausgaben des Ministeriums.

Beim Kapitel Militärgeldlichkeit empfiehlt

Abg. Lingen (3.) die konfessionelle Vorbereitung der Rekruten  
vor der Vereidigung; ferner fordert er, daß dem Soldaten an jedem  
Sonntage der Besuch des Gottesdienstes gestattet werden möge.  
Redner spricht dann von den Offizierschulen und dem Erforderniß  
des Kommissarwesens.

Kriegsminister v. Goltz: Die Militär-Kirchenordnung ist  
eine königlich preussische; die Schwierigkeiten für die Neuordnung  
liegen auf dem Gebiete der evangelischen Kirche. Eine bestimmte  
Ansicht kann ich nicht geben. Katholische Oberpfarrer einzusehen,  
liegen keine Bedenken vor. Es ist bei der Kurie angefragt, eine  
Antwort ist aber nicht erteilt worden.

Beim Kapitel Militär-Justizverwaltung geht

Abg. Kunert (Soz.) auf die Reform der Militär-Strafprozess-  
Ordnung ein. (Präsident v. Buel): Wir können jetzt nicht auf  
eine uns noch nicht bekannte Geseßgebung eingehen! Das  
will ich auch nicht, ich will nur im allgemeinen das  
vorführen, was man im Volke verlangt hat. Die Strafen  
der Militärjustiz seien ganz exorbitant, das habe man  
auch seitens der Militärverwaltung selbst anerkannt. Redner  
führt die schweren Bestrafungen vor, welche die Mannschaften  
erlitten haben im Gegensatz zu den Offizieren, die sich eines Mißbrauchs  
der Amtsgewalt schuldig gemacht hätten. Redner führt eine ganze Reihe  
von Beispielen an, die aber nicht im einzelnen verhandelt  
werden. In Rußland, das auch seinen Präses hat, würden die  
Offiziere anders bestraft. Ein Offizier, der sich etwas Ähnliches  
zu schulden kommen ließ wie Präses wurde nach Sibirien ver-  
bannt, ferner zum Schadenersatz und zum Verlust der bürgerlichen  
Ehrenrechte verurtheilt. Es sollte eine Statistik der militärischen Be-  
strafungen eingeführt werden. (Zurufe: Schluß!) Ich werde schließen,  
wenn ich will, ich spreche nicht für mich, sondern für diejenigen,  
die mich hierher geschickt haben, und für die, welche wehrlos in den  
Gefängnissen sitzen. Deutschland habe ein Volksherr und die Mit-  
glieder dieses Volksherrschers dürften nicht anders behandelt werden als  
nach dem Zivilstrafprozess.

Präsident v. Buel rügt mehrere Auslassungen des Vorredners,  
unter anderem, daß er einem Offizier strafbare Unfälligkeit zum  
Vorwurfe gemacht habe, ohne Ausführung eines Beweises; der  
Präsident ruft den Redner zur Ordnung.

Generalauditeur Ittenbach: Das Haus wird nicht erwarten,  
daß ich auf alle Einzelheiten dieses Vortrages eingehen. Einige der  
erhobenen Vorwürfe darf ich wohl direkt als komisch bezeichnen.  
(Sehr wahr! rechts.) Nur dagegen habe ich die Verwaltung zu ver-  
wahren, als ob bei der Beurtheilung unterschieden würde zwischen  
Offizieren und Mannschaften. Nur soweit das Strafgesetzbuch in bezug  
auf die Disziplin selbst einen Unterschied macht, ist dies auch bei der  
Thätigkeit der Militärgerichte der Fall; hier macht also das Strafrecht den  
Unterschied. Was sollen diese Vergleiche zwischen einzelnen Fällen?  
Es kommt doch darauf an, wie der einzelne Fall liegt, ob der Be-  
strafte vorbestraft ist, ob er im Affekt gehandelt hat oder aus  
niederträchtiger Bosheit. (Sehr richtig! rechts.) Eine Bestrafung  
wegen Fahnenflucht zu 4 Monaten Gefängniß ist eine Unmöglichkeit;  
der Lieutenant Magdeburg hatte sich nur unerlaubter Entfernung vom  
Truppentheile schuldig gemacht. Wie der Fall liegt, das ein Ge-  
meiner wegen Fahnenflucht vier Jahre Gefängniß bekommen hat,  
weil ich nicht; war der Mann aber zum zweiten oder dritten Male  
fahnenflüchtig, so muß nach dem Geseß eine erheblich strengere  
Strafe eintreten. Ich darf mich wohl für jetzt auf diese wenigen  
Fälle beschränken.

Das Kapitel wird genehmigt und darauf um 5 1/2 Uhr die  
weitere Berathung bis Dienstag 12 Uhr vertagt.

### Parlamentarisches.

Der Senatorenkonvent des Reichstages hat auf Vorschlag  
des Präsidenten sich dahin verständigt, daß an den sogenannten  
Schwerinstagen (Berathung der aus der Mitte des Reichstages ge-  
stellten Initiativanträge) nicht nur die in den ersten zehn Tagen der  
Session gestellten Anträge zur Berathung gelangen sollen,  
sondern daß auch die später gestellten Initiativanträge auf  
die Tagesordnung der Schwerinstage gestellt werden können.  
Die Reihenfolge, in der die Anträge berathen werden, bleibt  
dieselbe, d. h. jede Fraktion, bei der nächsten angefangen, bezeichnen  
denjenigen ihrer Anträge, der zur Berathung gelangen soll. Die  
praktische Folge dieser Aenderung, welche in Rücksicht darauf  
verabredet ist, daß die Session bereits 1 1/2 Jahre dauert  
und manche Anträge dadurch veraltet sind, wird sein,  
daß an einem der nächsten Schwerinstage der Margarine-  
Antrag des Zentrums zur Berathung kommt. Die weiteren geschäft-  
lichen Dispositionen des Präsidenten für diese Woche gehen dahin,  
daß das Konvertirungsgeseß, sowie einige kleinere Etats erledigt werden  
sollen und daß am nächsten Montag mit der Berathung des Etats des  
Kauzwarnting Amts begonnen wird. Die heutige Sitzung des Reichs-  
tages beginnt um 12 Uhr und soll bereits um 5 Uhr geschlossen  
werden, damit die beim Reichskanzler eingeführten Abgeordneten  
Gelegenheit haben, dem Fürsten Hohenlohe und seiner Gemahlin, die  
heute ihre goldene Hochzeit feiern, zu gratulieren. Die Präsidenten  
des Reichstages werden dem Reichskanzler eine Blumenpforte über-  
reichen, an der außer der Sozialdemokratie alle Parteien des Reichs-  
tages theilhaftig sind.

### Partei-Nachrichten.

Heute vor 22 Jahren — am 15. Februar 1875 — wurde in  
Gotha die Konferenz zur Feststellung des Einigungs-  
Programms abgehalten. Es war damals eine bittere Kälte  
— 14 Grad Römmer — und die aus Leipzig kommenden waren  
auf der Hinfahrt durch einen Schneesturm in eine recht ungemüth-  
liche Lage versetzt. Der von der Konferenz beschlossene Entwurf  
wurde von dem nachfolgenden Einigungskongress fast  
unverändert angenommen. Die Verhandlungen der Konferenz, an  
der etwa zwanzig Genossen, zu gleichen Hälften Kasseler und  
Eisenacher, theilnahmen, verliefen in glatter Weise. Von den Theil-  
nehmern sind die Genossen Weib, Hafenclever, Reimer,  
May Kayser und Bräde verstorben, während die Genossen  
Bahlke, Motzler und Bernstein sowie Wilhelm Hasselmann im  
Auslande leben.

In Bettenhausen bei Kassel wurde am Sonntag der  
VII. Parteitag der Genossen aus dem ehemaligen Kurhessen  
und aus Waldeck abgehalten. Vertreten waren von den 9 Wahl-  
kreisen 5 durch 22 Delegirte aus 14 Orten. Die Agitations-Kom-  
mission, die sich in Kassel befindet, hat im verfloßenen Jahre eine  
Einnahme von 475 M. gehabt und neben einer größeren Anzahl

von Flugblättern noch 5000 heftige Volkskalender verbreiten lassen,  
wovon allerdings etwa 150 durch Konfiskation in die Hände des  
Landraths von Melsungen gekommen sind. Ueber die zukünftige  
Agitation wurde nach äußerst lebhafter Debatte beschlossen, in diesem  
Jahre wieder einen Kalender herauszugeben. Die Aufstellung der  
Reichstags-Kandidaten wird den einzelnen Wahlkreisen überlassen.  
Betreffs der Presse wurde ein Antrag angenommen, wonach an alle  
Orte, wo ein Vertrauensmann ist, je drei Nummern des Volks-  
blattes auf Kosten der Agitations-Kommission gesandt werden  
sollen.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Dem verantwortlichen Redakteur der „Volksstimme“  
in Magdeburg, Genossen Vahl, ist dieser Tage wegen Ab-  
druck eines in der national-liberalen „Magdeburger Zeitung“  
veröffentlichten gewöhnlichen Arbeiterliedes die Anlag-  
schrift zugegangen. Durch den Abdruck soll die „Volksstimme“ gegen  
§ 130 des Strafgesetzbuchs verstoßen beziehentlich verschiedene  
Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten gegeneinander aufgereizt  
haben. — Wegen Beleidigung des Kaisers ist Genosse John zu  
neun Monaten Gefängniß verurtheilt. Er hat diese Strafe dem-  
nächst anzutreten, da seine Revision vom Reichsgericht verworfen  
wurde.

Genosse Paul Kühn in Breslau sollte die Polizei und  
Gendarmarie beleidigt haben. Das Landgericht hatte ihn frei-  
gesprochen, das Reichsgericht hob dieses Urtheil auf; in seiner aber-  
maligen Verhandlung erkannte das Landgericht aber wieder auf  
Freisprechung. — In der Expedition der „Volksstimme“ sowie  
in der Wohnung des Vorsitzenden des Gewerkschafts-  
kartells, des Zigarrenarbeiters Kühnel, wurde auf Requisition  
des Amtsgerichts eine Hausdurchsuchung nach Sammelbüchern für die  
Hamburger Ausständigen vorgenommen, wobei bei Kühnel 11 Listen  
und Zettel der Beschlagnahme verfielen. In der Expedition der  
„Volksstimme“ fand man nichts Konfiszierliches. Kühnel ist kürzlich  
wegen unerlaubten Kollektirens für die Hamburger vom Schöff-  
engericht zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt worden.

### Gewerkschaftliches.

Achtung, Zimmerer! Bei der Baufirma Klemke u. Albrich,  
Wilmannsstr. 4 in Rixdorf (Bau: Bessel- und Friedrichstraßen-Ecke)  
haben am Montag die dort beschäftigten Zimmerer die Arbeit nieder-  
gelegt, weil der Minimallohn von 55 Pf. nicht gezahlt wurde. Wir  
ersuchen, dies bis auf weiteres streng zu beachten. Die Lohn-  
kommission. J. A.: Theodor Fischer.

### An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Im Oktober vorigen Jahres gründeten die Lübecker  
Metall- und Industriellen eine Vereinigung mit Arbeitsnachweis  
nach berühmten Muster. Die Lübecker Metallarbeiter traten sofort  
in den Kampf ein um Beseitigung der gegen sie gerichteten Maß-  
regeln. Infolge der Ungunst der Jahreszeit, sowie wegen der  
schlechten Konjunktur war bis jetzt ein Erfolg nicht zu verzeichnen.  
Um so deutlicher treten die Bestrebungen der hiesigen Metall-  
Industriellen zu tage. Man beabsichtigt eine Sichtung der Arbeiter.  
Wer wegen Belästigung an irgend einer Bewegung ausgeperrt  
wurde, soll in Lübeck keine Arbeit mehr bekommen. Wir glauben  
nun, wenn der Zuzug von fremden Arbeitskräften ferngehalten  
wird, den Herren wirksam entgegen treten zu können. Darum,  
Arbeiterschaft Deutschlands, haltet den Zuzug von Metall- und Hilfs-  
arbeitern fern, und die Unternehmer werden genöthigt sein, ihre  
alten Arbeiter wieder einzustellen. Das Lübecker Gewerkschafts-  
kartell.

Die Bauhandwerker Hamburgs beschloßen am 14. Februar  
in einer kurz besuchten Versammlung, im Namen ihrer gesammten  
deutschen Kollegen dem Reichstag eine Petition zu über-  
reichen, worin sie denselben ersuchen, bei Berathung der Novelle  
zum Unfallverhütungsgeseß das Hauptgewicht auf die  
bessere Regelung beziehentlich zweckentsprechende, wirklich reforma-  
torische Ausgestaltung der Unfallverhütung nach Maßgabe genereller  
gesetzlicher Bestimmungen zu legen. Sie gehen dabei von der That-  
sache aus, daß der vorliegende Entwurf diese Frage vollständig un-  
berührt läßt. Die große Zahl der Unfälle — im Jahre 1895 wurden  
bei den 13 Baugewerks-Berufsvereinigungen 34 054 Unfälle ange-  
meldet — hat zum größten Theil ihre Ursache in dem leicht-  
sinnigen Gerüstbau und in der Verwendung schlechten Materials.  
Sie würden bedeutend eingeschränkt, wenn die Baugewerks-Berufs-  
vereinigungen mehr die Bauten kontrolliren würden; statt  
dessen haben 3 Berufsvereinigungen keinen Pfennig dafür  
ausgeworfen, während die übrigen 10 insgesamt 87 908 M. für  
128 333 versicherungspflichtige Betriebe für Ueberwachungskosten  
ausgeworfen haben, so daß auf den einzelnen Betrieb nicht ganz  
60 Pf. kommen. Es ist daher das Verlangen der Bauhandwerker,  
Bauhöfe und Zimmerplätze unter die §§ 154 und 155a der Gewerbe-  
Ordnung zu stellen, sehr gerechtfertigt, sind doch in denselben, wo  
die Baupolizei-Behörde die Ueberwachung der Bauten in die Hand  
genommen hat, die Unfälle bedeutend vermindert worden.

In Weiskensfeld stehen noch die Arbeiter von vier Schuh-  
fabriken an Zahl 300, im Kampf. Entgegen den Abmachungen,  
keine Maßregeln vorzunehmen, artikult eine gedruckte schwarze  
Liste. Eine Schuhmacherverammlung am Sonntag, die bis auf den  
letzten Platz gefüllt war und wo J. Simon aus Erfurt, der Vor-  
sitzende des Ausschusses des Unterstützungsvereins deutscher Schuhmacher,  
das Referat hatte, erklärte gegenüber dem Verhalten der Fabrikanten,  
nur um so treuer und fester zur Organisation zu halten. Die Zahl der  
Mitglieder des Unterstützungsvereins deutscher Schuhmacher beträgt  
jetzt 1800. Gegen das Verlangen der Fabrikanten, daß Arbeiter  
beim Wechsel der Arbeitstätte erst die schriftliche Zu-  
stimmung ihres früheren Prinzipals einholen sollen, will man von  
seiten der Arbeiter Beschwerde beim Bürgermeister führen, und wenn  
das nicht hilft, an die Staatsanwaltschaft gehen. Mittheilungen ist  
noch, daß die Fabrikanten das Gewerbegericht mit Schadenersatz-  
klagen überschwenmen. Die ersten Termine sind heute Dienstag.  
Der Zuzug ist von Weiskensfeld nach wie vor streng fern-  
zuhalten, weiter ist auch finanzielle Unterstützung noch dringend  
nöthig.

Der Vorstand des deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-  
Verbandes erklärt sich in einem in der „Deutschen Berg- und  
Hüttenarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Aufruf an die Begleitete mit  
dem Beschluß der Bochumer Generalversammlung des christlichen  
Gewerksvereins solidarisch, wonach der Zentralvorstand  
dieser Organisation noch innerhalb dieses Monats bei den Gruben-  
verwaltungen wegen besserer Regelung der Löhne beziehentlich um  
eine Erhöhung der Löhne von etwa 10 pCt. vorstellig werden soll.

In Bitterfeld haben sich über 100 Bahnarbeiter der  
Eisenbahner-Organisation angeschlossen.

Polizeilich aufgelöst wurden in Leipzig die kürzlich dort  
gegründeten beiden Vereine der Arbeiter der preussischen  
und sächsischen Staatsbahnen, weil sie entgegen den  
Bestimmungen des Vereinsgeseßes mit anderen in Verbindung ge-  
treten sein sollen.

Aus Leipzig wird uns telegraphisch, daß auf dem Terrain  
der sächsisch-thüringischen Gewerbe-Ausstellung  
gestern bei 12 Meistern insgesamt 320 Zimmerleute die  
Arbeit eingestellt haben. Drei Meister haben die Forde-  
rungen bewilligt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Aus der Schweiz. Gegen die Verwaltung der schweizerischen  
Nordostbahn richtet in der „Eisenbahn-Zeitung“ der Vertreter  
der Eisenbahnenbediensteten, Nationalrath Dr. Sourbe, eine  
Publikation, worin der mit dieser Bahnverwaltung vor Jahresfrist  
abgeschlossene Vertrag für null und nichtig erklärt wird. Weiter heißt  
es in der Publikation: „Wir verlangen die Gehaltsordnung mit den  
Einführungsbestimmungen der schweizerischen Zentralbahn, einer  
lokalen Bahngesellschaft, wobei das Personal klipp und klar weiß,

was sein Recht ist, ohne daß es durch spihfindige Manöver darum  
betrogen werden kann. Alle Gesellschaften stehen ehrlich und loyal  
da, einzig die Nordostbahn macht eine Ausnahme. Durch ihr un-  
erhörtes Auftreten provoziert sie ihre Angestellten und Arbeiter.“

In Triest streikten die Arbeiter der Kaffeeschäl-Fabrik  
wegen Lohnunterschieden.

In Fredericia in Dänemark wurden sämtliche Arbeiter  
einer Kartonnagen-Fabrik entlassen, weil sie Mitglieder des Buch-  
binde-Verbandes sind.

### Unternehmer-Verbände.

Die deutschen Buchdruckerbestreuer-Vereinigungen haben  
durch ihre energische Abwehr erreicht, daß die Neue Berliner  
Verlagsanstalt von August Krebs vorläufig davon ab-  
sehen muß, ihr Projekt der sogenannten „Topflosen Platte-  
Zeitungen“ zu verwirklichen. Die Firma Gachfeld,  
Schmiz u. Co., die mit einem ähnlichen Projekt zuerst auf den  
Markt trat, wird vermuthlich keine besseren Geschäfte gemacht haben,  
als ihre Konkurrenten.

Die organisirten Rübenbauer Dänemarks haben den  
Zuckerfabrikanten den bisherigen Tarif aufgesagt und ver-  
langen günstigere Bedingungen. Da die Zuckerfabrikanten diese nicht  
bewilligen wollen, droht der Verein der Rübenbauer mit Einstellung  
des Rübenbaues.

### Versammlungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Für die Branche der  
Telephonarbeiter war am 11. Februar in Rautenberg's Lokal,  
Oranienstr. 180, eine Versammlung einberufen, um die Lohn- und  
Arbeitsverhältnisse einer näheren Besprechung zu unterziehen und ge-  
eignete Maßregeln zu treffen, etwaigen Mißständen entgegen-  
zutreten. Festgestellt wurde, daß in mehreren, namentlich größeren  
Betriebsstätten Ueberstunden gemacht werden. Ein Umstand, der freilich  
auf die mangelhafte Beteiligung an der Organisation zurück-  
zuführen ist. Dies wurde auch anerkannt. Leider vertheilten sich  
einige Redner, insbesondere Winkler und Kehler, weil sie  
eine lokale Vereinigung für die beste Form der Organisation hielten,  
auf die prinzipielle Erklärung, daß es ihnen angeblich unmöglich sei,  
sich dem Holzarbeiter-Verband anzuschließen. Von mehreren Seiten  
wurde dieses Verhalten bekämpft und schließlich angeregt,  
brieflich von je einer Werkstelle ein oder zwei Vertreter zu einer  
Eitzung einzuladen.

Rixdorf. In einer Versammlung der Maurer, die hier am  
11. Februar tagte, referirte Maurer Frischke über die Lehren der  
Bewegung vom Jahre 1896 und die Aufgaben der Organisation in  
diesem Jahre. Nachdem der Vertrauensmann vom letzten Quartal  
Bericht erstattet hatte, wurde Dühring mit diesem Posten betraut  
und Wittig zum Beitragsammler gewählt. Ueber die Lichtarbeit  
wurde vielfach Klage geführt, und die Beseitigung derselben befür-  
wortet. Besonders wurde auf den Bau der Linoleumfabrik hin-  
gewiesen.

Schöneberg. Am 14. Februar fand hier eine gut besuchte  
öffentliche Volksversammlung statt. Zunächst erstattete der Genosse  
Masch einen Bericht über die Thätigkeit des Gewerbevereins,  
an dem sich eine rege Diskussion und ein Bericht vom Delegirten  
in Halle anschloß. Hierauf folgte ein sehr interessanter Vortrag des  
Genossen Grempe über: Kulturbringende Europäer in Afrika.  
Unter Verschiedenem wurde Genosse Schäfer als Revisor der  
Parteiexpedition gewählt.

### Depeschen und letzte Nachrichten.

Berlin, 15. Februar. (Berl. Korr.) Das unterm 8. d. M. er-  
lassene Einfuhrverbot zur Abwehr der Pestgefahr ist mit dem Tage  
seiner Bekundung in Kraft getreten und trifft daher alle nach  
diesem Tage, d. i. der 9. Februar, eintreffenden Waarensendungen.  
Für die zur Zeit des allgemeinen Bekanntwerdens der Sperremaßnahme  
bereits als schwimmende Ladungen unterwegs befindlichen Sendungen  
ersuchen es jedoch angezeigt, den Einlaß, soweit gesundheitspolizeiliche  
Bedenken nicht entgegenstehen, zu ermöglichen.

Köln, 15. Februar. (W. H.) Die „Köln. Ztg.“ meldet aus  
Kanea: Die Montenegriner sind auf ein griechisches Kriegsschiff  
geschloßen. Der griechische Konful hat sich mit seinen Leuten an  
Bord der „Hydra“ eingeschifft. Griechische Schiffe halte u  
türkische Frachtschiffe an. Am Vorgebirge Akrotiri fand  
ein Gefecht statt, in dem die Christen den Rückzug antraten.  
23 Schiffe ankern vor Kanea.

Köln, 15. Februar. (W. H.) Aus Rom wird der „Kölnischen  
Zeitung“ telegraphirt: Die „Agenzia Stefani“ will wissen, daß  
die Mächte Italien den Aufruf zu ertheilen gedenken,  
Kreta zur Herstellung des Friedens militärisch zu be-  
setzen. — Wie der römische Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“  
an maßgebender Stelle erfährt, verhandeln die Großmächte thatsäch-  
lich über diese Frage, und die Annahme dieses Vorschlages soll nicht  
unwahrscheinlich sein.

Wien, 15. Februar. (W. H.) In einem im „Fremdenblatt“  
veröffentlichten hochoffiziösen Communiqué wird mitgetheilt, daß  
zwischen den Großmächten vollständiges Einverständnis darüber erzielt  
worden ist, die Pazifizierung der Insel Kreta selbst in die Hand zu  
nehmen. Zu diesem Zwecke werden Mannschaften seitens der  
Flotten der Großmächte gelandet werden, um Kanea, Neihmo  
und Gerakione zu besetzen und die griechische Flotte  
aus den Gewässern Kreta's zu entfernen. Dem Kom-  
mandanten des österreichisch-ungarischen Geschwaders wurde  
bereits der Befehl erteilt, im Verein mit den Befehlshabern der  
übrigen Flotten jede feindselige Operation des griechischen Ge-  
schwaders zu verhindern.

London, 15. Februar. (W. L. B.) Beim Probiren von  
Zündern für Torpedos fand am vergangenen Donnerstag auf der  
Kapsation an Bord des britischen Kreuzers „Gibraltar“ eine Ex-  
plosion statt, wobei vier Mann getödtet wurden.

London, 15. Februar. (W. L. B.) Eine Depesche aus Weymouth  
meldet: Während dichten Nebels raunte am Sonnabend der Dampfer  
„Glan Grant“ bei Portland mit furchtbarer Gewalt in den Dampfer  
„Antali“ aus Natal hinein, der mittschiffs getroffen wurde und ein  
großes Loch erhielt. Die „Glan Grant“, obgleich arg beschädigt,  
leistete Widerstand. Beide Schiffe erreichten gestern Portland, wo  
20 Passagiere des „Antali“ gelandet wurden.

Athen, 15. Februar. (W. L. B.) In der Deputirtenkammer  
bestätigte der Ministerpräsident Tzannidis auf eine Anfrage die  
bereits gemeldete Entsendung einer griechischen Truppenabtheilung  
nach Kreta. Bis zur Stunde sei die Nachricht vom Landen der-  
selben nicht eingegangen.

Athen, 15. Februar. (Meldung der „Agence Havas“.) Die  
nach Kreta entsandte griechische Truppenabtheilung ist heute bei  
Platanias in der Nähe von Kanea an Land gegangen.

Kanea, 15. Februar. (W. L. B.) (Meldung der „Agenzia  
Stefani“.) Der griechische Konful in Kandia hat sich heute auf dem  
„Atantis“ eingeschifft, nachdem er an den General-Gouverneur  
die Erklärung abgegeben hatte, daß im Falle des Aus-  
bruchs von Unruhen die griechischen Kriegsschiffe ein  
Bombardement eröffnen würden. Der Konful hat den Sauf der  
griechischen Unterthanen und des Konfulatsarchivs dem britischen  
Konful übergeben. Auch der hiesige griechische Konful und der  
griechisch-orthodoxe Bischof haben sich gestern Nachmittag an Bord  
der „Hydra“ begeben, welche um 5 Uhr nachmittags in See ging.

Kanea, 15. Februar. (W. L. B.) (Meldung des „Neuer'schen  
Bureaus“.) Der Befehlshaber der britischen Kriegsschiffe hat dem  
Prinzen Georg von Griechenland angedroht, wenn derselbe die ihm  
von Könige und der griechischen Regierung erteilten Befehle aus-  
führe, so würde er zur Anwendung von Gewalt ihm gegenüber ge-  
zwungen sein. Diese unerwartete Haltung des Kommandanten macht  
auf die freireligiösen Christen einen sehr tiefen Eindruck.



Nächstenliebe und Barmherzigkeit an den preussisch-patriotischen Jubelfestern sehr deplacirte Dinge sind.

**Gegen die „Große Berliner“.** Von sämtlichen Berliner Haus- und Grundbesitzer-Vereinen wird jetzt durch Petitionen und Proteste gegen den Abschluß des neuen Vertrages zwischen dem Magistrat und der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft in dem Wortlaute seiner zweiten Fassung Sturm gelaufen, um das Zustandekommen dieses ungünstigen Vertrages auf alle Fälle zu verhindern. Ferner verlangt man, daß den anderen leistungsfähigen Firmen im Bau neuer Linien nichts weiter in den Weg gelegt werden soll. Und drittens soll angefragt werden, warum der Herr Siemens u. Salske seitens des Magistrats die Bauerlaubnis für die bereits im Prinzip genehmigte Verlängerung der elektrischen Bahn Pankow-Gesundbrunnen noch nicht erteilt worden ist. — Für das einzige verhandliche Mittel, nämlich für die Uebernahme sämtlicher Pferdebahn-Linien in städtische Regie, ist natürlich in den Kreisen dieser Petenten keinerlei Verständnis vorhanden.

**Für Bishauer, Maler, Radierer etc.** Die Unterrichtsanstalt des Königl. Kunstgewerbe-Museums erfährt, wie wir in der „Nordd. Allg. Zig.“ lesen, mit dem 1. April eine sehr bemerkenswerte Erweiterung durch die Einrichtung einer neuen Fachklasse für figurliches Modellieren, die unter der Leitung des Herrn Prof. Ludwig Mangel stehen wird. Wie in der entsprechenden Fachklasse für figurliches Zeichnen und Malen, wird auch in ihr der Unterricht vornehmlich von dem Studium des lebenden Modells ausgehen und sein Ziel darin finden, die Schüler zu einem richtigen Verständnis und zu einem echt künstlerischen Erfassen der verschiedenen Aufgaben dekorativer Plastik hinzuleiten. Zulassung zur Klasse finden nur Schüler, die die erforderliche Vorbildung nachzuweisen haben. Voraussetzung des Eintritts ist hier, wie bei den übrigen Fachklassen der Unterrichtsanstalt des Museums, daß der Schüler seine ganze Zeit dem Studium zu widmen in der Lage ist. Das Schulgeld beträgt im ersten Jahre 72 M. für das Wintersemester und 86 M. für das Sommerquartal. Es ermäßigt sich im zweiten Jahre auf im ganzen 60, im dritten auf 80 M. Gleichzeitig mit der Einrichtung der neuen Klasse wird die Fachklasse für Kupferstechen und Radieren aus dem Gebäude des Kunstgewerbe-Museums, das schon längst nicht mehr genügenden Platz gewährt, in Räume des Hauses No. 7 verlegt.

Im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater geht das Schauspiel in 4 Akten von Max Ronneburger: „Lothar, der Baron“, am Donnerstag zum ersten Male in Szene.

Die Infuenza behauptet leider noch immer das Feld. So hat sie in der Zeit vom 24. bis 30. Januar zehn Opfer gefordert. In der Woche bis zum 6. Februar ist die Sterbeziffer auf die Hälfte zurückgegangen.

Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden ist die Leiche des fünfzehnjährigen Sohnes Richard des Schmiedemeisters Wiesner aus der Wiesenbaterstraße 7. Der Knabe war seit einigen Tagen bei seinen Verwandten, dem Bäckermeister Horn am Oranienweg 88 zu Besuch. Als ihn am Sonnabend Morgen gegen 6 1/2 Uhr Frau Horn wecken wollte, fand sie ihn ohne Bewußtsein in Betteliegen. Man ließ dem Bewußtlosen schleunigst ärztliche Hilfe angedeihen, aber es gelang nicht, ihn zu sich zu bringen. Gegen Mittag starb er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Die Meldung von der Rückkehr des Reichstags-Abgeordneten Ahlwardt beschäftigt sich, er ist am Freitag mit der „Odenburg“ in Bremerhaven eingetroffen. Nach anderthalbjähriger Abwesenheit hat er Sonnabend seiner in Lichterfelde wohnenden Familie angezeigt, daß er Dienstag in Berlin einzutreffen beabsichtigt. Diese Botschaft für seine Freunde!

Wegen versuchten Raubes wurde gestern der Schieferdecker August Hofmann festgenommen und der Staatsanwaltschaft vorgeführt. In der Nacht zum 3. d. Mts. gegen 12 Uhr wurde die Kellnerin Martha Tornow, nachdem sie das Haus Wiesenstr. 52 aufgeschlossen hatte, von dem ihr vollständig fremden Hofmann, der sie verlockt hatte und behauptete, in demselben Haus zu wohnen, belästigt. Schließlich faßte er die Kellnerin ins Gesicht und versuchte, ihr das Portemonnaie zu entreißen. Es gelang aber, den Schieferdecker festzunehmen.

Tödtlich verunglückt ist in der Nacht zum Sonntag der 37 Jahre alte Hausdiener Franz Angel aus der Oranienstr. 63. Angel, der in dem Mantelgeschäft von Raaben am Oranienplatz beschäftigt war, wohnte seit vierzehn Tagen in dem genannten Hause im dritten Stock des Hofgebäudes bei Frau Walter. Angel hatte, nachdem er am Sonnabend Abend gegen 8 Uhr von Hause weggegangen war, in einer benachbarten Schankwirtschaft bald darauf gellagt, daß ihm unwohl sei, und daß er heimgehen müsse. Das hat er indessen nicht gethan, sondern noch einige Wirtschaften besucht. Eine Frau, die im Erdgeschoß wohnt, will um 12 Uhr nachts einen burschenförmigen Mann gesehen haben, ohne sich weiter darum zu bekümmern. Als gegen 3 Uhr morgens der Buchbinder Braun, der ebenfalls in dem Hofgebäude wohnt, nach Hause kam, sah er oben an der Kellertreppe ein Paar Stiefel mit den Sohlen nach oben gekehrt und fand, als er den Raum genauer ablichtete, Angel über die Treppe angestreckt liegen, den Kopf nach unten auf dem Absatz an der Wendung der Treppe. Braun weckte die Wirtin des Verunglückten und deren zweiten Schlafburschen, und man schaffte mit Hilfe eines Schutzmannes Angel, dem das Blut aus Mund und Ohren herausdrang, in seine Wohnung hinauf. Hier starb er bereits nach einer halben Stunde. Ein Arzt, der herbeigerufen wurde, stellte fest, daß er sich den Schädel und das Genick gebrochen hatte.

Die Explosion einer Petroleumlampe brachte in der Nacht zum Sonntag fünf Kinder in Lebensgefahr. Das Unglück geschah aus nicht ermittelten Ursachen in der Kellerrwohnung Bergstraße 3, wo fünf Kinder unbewacht in einem Zimmer schliefen. Die Eltern waren abwesend. Noch bevor die Feuerwehre eintreffen konnte, hatten mehrere beherzte Männer aus dem Hause die verschlossene Thür eingestößt und die vom Rauch schon bewußtlosen Kinder in Sicherheit gebracht. Die Feuerwehre löschte dann die Flamme, die an der Wohnungseinrichtung, speziell Möbeln und Wäsche, reiche Nahrung gefunden hatten. Die fünf Kinder liegen infolge von Rauchvergiftung sehr schwer krank darnieder.

Ein sehr gefährliches Feuer brach am Montag früh 2 1/2 Uhr im Hause Franzstraße 43 aus. Dort stand ein Materialwaarenladen in Flammen, die mit ihrem Rauch die Treppen anfüllten und den Hausbewohnern den Ausgang versperrten. Um die geängstigten Personen zu beruhigen, ließ der Offizier einen Seitengang am Hause errichten und Feuermänner in den einzelnen Stockwerken aufstellen. Der Laden brannte aus.

Ein dreifacher Schwindel ist kürzlich von zwei Kellnern in der Weise versucht worden, daß sie von einem größeren Hotel Berlin aus mittels Fernsprecher den Restaurateur Küster in Halensee ersuchten, sich schleunigst zu einer Rückprache mit einem namhaft gemachten Rechtsanwalt einzufinden. Der Gastwirt kam dem Ersuchen nach und machte sich auf den Weg nach einem ihm bezeichneten Gasthof. Unterdeffen telephonirte einer der Spitzbuben an die Frau des Gastwirts unter dem Namen ihres Mannes und forderte sie auf, 800 M. bereit zu halten, die er (der Mann) durch einen Boten abholen lassen würde, da er das Geld dringend gebrauche. Der Frau fiel dieses Ansuchen ihres Mannes auf und machte der Kriminalpolizei Mitteilung, der es gelang, beide Spitzbuben dingfest zu machen.

**Selbstmorde.** Sonntag Vormittag erschloß sich der 89 Jahre alte Eisenbahnschaffner Emil K. in seiner Wohnung am Stralauer Platz. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht. — Nachmittags wurde im Fluthgraben in der Nähe der Treptower Brücke die Leiche des 35 Jahre alten Goldarbeiters Rudolf M., und im Sandwehrranal an der Schleuse die Leiche eines etwa 25jährigen Mannes angeschwemmt. In beiden Fällen liegt ungewisselhaft Selbstmord vor.

**Unglücksfälle im Straßenverkehr.** In der Mittagsstunde fiel am Sonntag an der Ecke der Friedrichstraße und der Straße

Unter den Linden der 66 Jahre alte Privatier Emil v. Ruhnheim infolge eines Fehltrittes hin und zog sich einen Bruch des linken Unterarmes zu. Er fand in der Wollfischen Privatklinik, Am Jirkus 11, Aufnahme. — In der Passage erkrankte der im Hotel „Abessinischer Hof“ abgestiegene Rentier Nathan Burig aus Odessa und starb auf der Stelle an einem Schlaganfall. — Vor dem Hause Bülowstraße 89 wurde der 27jährige obdachlose Tischler Christian Hansen besinnungslos auf dem Bürgersteige liegend aufgefunden und, da er sich nicht erhob, nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. — Abends wurde der 18 Jahre alte Hausdiener Richard Marx vor dem Hause Oranienstraße 85 von Schreitkrämpfen befallen und nach der Sanitätswache in der Adalbertstraße gebracht. Da dort aber keine Besserung eintrat, erfolgte auf ärztliche Anordnung seine Ueberführung in das Krankenhaus am Urban. — Beim Verlassen des Hauses Perlebergstraße 48 verfiel abends die 74 Jahre alte Wittwe Henriette Müller den richtigen Ausgang und stürzte eine Kellertreppe hinab. Sie erlitt dabei außer einer Wunde am Hinterkopf anscheinend auch innere Verletzungen und mußte nach dem Krankenhaus Moabit gebracht werden.

### Aus den Nachbarorten.

Ein furchtbarer Vorfall wird aus Weiskes berichtet. Der Handelsmann Posenenski war mit seinem Fuhrwerk am Sonnabend in Ahrensfelde gewesen und passierte gegen 8 Uhr abends Weiskes. Hier begab er sich in Begleitung seines Sohnes in ein Restaurant. Der Knabe verließ alsbald das Lokal und versteckte sich Scherzes halber unter dem Wagen. Als P. sich wieder zu seinem Fuhrwerk begab, glaubte er, daß der Knabe in das Innere des Wagens gekrochen sei, um zu schlafen; er setzte sich auf den Kutschbock und fuhr weiter. Raun hatten jedoch die Pferde angezogen, als ein marktschreierischer Schrei erscholl. Das eine Hinterrad war dem Knaben über die Brust gegangen und hatte die Knochen eingedrückt. Der bedauernswerte Vater brachte sein schwer verletztes Kind nach dem Krankenhaus am Friedrickshain, wo es in fast hoffnungslosem Zustande darniederliegt.

Von Mitgliedern der Feuerwehre wurden zwei Personen gerettet, die ins Eis eingebrochen waren. Der Obermaschinenführer Scheuer rettete einen jungen Mann, der beim Schlittschuhlaufen in der Nähe von Nischelwerder unter das Eis gerathen war, ebenso glückte es dem Feuermann Bremer am Zogeler See, eine durch's Eis gebrochene Person wieder aus dem Wasser zu ziehen. — Auf dem Eis eingebrochen und ertrunken ist am Sonntag Vormittag in der Spree oberhalb des Müggelsees beim Schlittschuhlaufen ein unbekannter, etwa 25jähriger Mann. Er hatte trotz des starken Schneewetters die morsche Eisdicke betreten. Dabei gerieth der junge Mann in eine Lücke und verschwand sofort unter dem Eise. Die Rettungsversuche hinkommender Passanten erwiesen sich leider als vergeblich.

Gefährliche Begegnung. In der Nacht zum Sonntag befand sich der Hilfsbeamter P. auf dem Nachhausewege auf der Chaussee zwischen Nieder-Schönweide und Adlershof, als ihm ein Mann entgegen trat und nach der Zeit fragte. Der Bremser sah nicht nach der Uhr, worauf der Fremde um einen Groschen bat. Als auch dieser ihm verweigert wurde, zog er blüchsig ein Messer und ver setzte dem P. einen Stich in die Schläfe. Jetzt entspann sich ein Ringkampf, nach welchem der Räuber die Flucht ergriff, so daß er nicht ermittelt werden konnte. P. wurde nicht schwer verletzt.

### Gerichts-Zeitung.

Wegen vorzeitiger Veröffentlichung der Anklageschrift für den Prozeß Ledert-Lühov hatten sich gestern die verantwortlichen Medialreure der „Deutschen Warte“ und des „Kleinen Journals“ Herrn Schade und Alfred Stettenheim, sowie der Berichtserfasser F o e l m e r vor der 7. Strafkammer hiesigen Landgerichts I zu verantworten. Der letzte Angeklagte war einer der Angeklagten im Prozeß Ledert-Lühov und hatte als solcher die Anklageschrift zugestellt erhalten. Gleich darauf verschickte er an die Zeitungen einen Artikel, welcher unter wiederholter Bezugnahme auf die Sachdarstellung der Anklagebehörde ein Referat über den ganzen Inhalt der Anklageschrift gab, die letztere im einzelnen zerlegte und den ganzen Prozeßstoff in allen seinen Theilen darlegte. Der Artikel ist von der „Deutschen Warte“ und dem „Kleinen Journal“ abgedruckt worden. Der Angeklagte F o l m e r behauptete, daß sein Artikel lediglich eine Zusammenfassung dessen enthält, was ihm aus dem Gange der Voruntersuchung und aus seinen eigenen Wahrnehmungen bekannt geworden sei und er sei schon geschrieben gewesen, als ihm die Anklageschrift zugestellt wurde. Der Staatsanwalt hielt diesen Einwand für hinjällig und jeden Zweifel darüber ausgeschlossen, daß es sich hier um eine Wiedergabe der Anklageschrift handle. Er beantragte je 50 M. Geldstrafe. Die Rechtsanwälte L u b e z y n s k i, L e o n h a r d F r i e d m a n n und Dr. W e r t h a u e r befrreiten die Unwendbarkeit des § 17 in diesem Falle, da hier weder die Anklage als „Schriftstück“ noch ein „Auszug“ aus der Anklage, sondern nur das Anklagematerial referierend mitgeteilt worden sei. Der eigentliche Inhalt des Beweismaterials fehle. Die Tendenz des § 17 des Preßgesetzes gehe doch nur dahin, die Unbefangenheit der Richter zu schützen; davon könne in diesem Falle aber gar keine Rede sein. Der Gerichtshof hielt einen Verstoß gegen § 17 des Preßgesetzes für vorliegend und erkannte auf je 10 M. Geldstrafe.

Die Verantwortlichkeit des Arbeitsausschusses der vorjährigen Gewerbe-Ausstellung für die im Betriebe der letzteren vorgekommenen Uebertretungen der Gewerbe-Ordnung wurde gestern durch Urteil der IV. Strafkammer am Landgericht II ausgesprochen. Es handelt sich um eine Anklage gegen den K o m m e r z i e n r a t h K ü h n e m a n n. Am 28. April, dem letzten Sonntage vor der Eröffnung der Ausstellung, wurde überall mit vollen Kräften gearbeitet, um der Ausstellung wenigstens einigermaßen den Anschein der Vollendung zu geben. Der Landrath hatte für alle Betriebe, für welche dies nachgesucht worden war, den Dispens von der Beobachtung der Sonntagsruhe erteilt. Unter anderem arbeiten auch die Gärtner an den Planungsarbeiten des Parks. Später entdeckte die Polizei, daß gerade für den gärtnerischen Betrieb die Genehmigung weder nachgesucht, noch erteilt worden war. Es lag offenbar ein Versehen vor, doch mußte dasselbe durch ein Strafmandat über 30 M. gefühnt werden. Dieses Mandat erhielt zunächst der städtische Gartenbau-Inspektor P a m p e l, der die gärtnerischen Arbeiten geleitet hatte. Dieser erhob Einspruch und führte den Nachweis, daß er in diesem Falle keinerlei Verantwortung zu tragen habe. Das Strafmandat wurde daraus Herr G o l d b e r g e r und später Herrn Baumeister F e l i c h zugest. Beide lehnten jede Verantwortung für die Uebertretung ab. Die Staatsanwaltschaft forderte nunmehr den Landrath S t u d e n r a u c h auf, gütlich darüber zu äußern, ob das Verfahren nicht besser einzustellen sei, der Landrath sprach sich auch in diesem Sinne aus, dagegen bestand der Gewerbe-Inspektor auf der Verfolgung der Straftat. Nunmehr wanderte das Strafmandat an die Adresse des Herrn Kühnemann. Dieser erhob Einspruch, erzielte aber vor dem Schöffengerichte nur, daß die Strafe von 20 M. auf 10 M. herabgesetzt wurde. Diese Strafe nebst Kosten würde die Garantiefondszeichner nicht allzu sehr bedrücken haben, Herr Kühnemann wollte aber sich selbst nicht bestraft sehen und legte daher Berufung ein. Das Urtheil des Gerichtshofes lautete dahin, daß die Gewerbe-Ausstellung zweifellos ein Gewerbebetrieb gewesen sei. Für diesen Betrieb war der sogenannte Arbeitsauschuß verantwortlich, da dieser die gesamte Leitung des Unternehmens übernommen hatte, und von diesen drei Personen wiederum der Angeklagte, da dieser die Aufsicht über die Arbeiten leitete. Herr Kühnemann hatte Gelegenheit, sich zu äußern, in welchen Betrieben gearbeitet wurde und es könne denselben gar nicht erzulipiren, daß er geglaubt habe, der Landrath hätte die Genehmigung für die Gärtner mündlich erteilt. Eine solche Genehmigung muß schriftlich nachgesucht und schriftlich erteilt werden. Dies sei nicht geschehen und deshalb müsse unter Befähigung des ersten Erkenntnisses die Berufung verworfen werden.

**Pfäffische Verfolgungssucht.** Der Kaufmann K. in Nordhausen hatte in seinem Schaufenster eine Terracottagruppe aufgestellt, welche zwei Mönche darstellte, von denen der eine einen Bierkrug leert, der andere aber einen geleerten Bierkrug in der Rechten emporhält. Auf polizeiliches Verlangen ermittelte er dieses Schaustück, da ihm Beschlagnahme desselben und Uebergabe an das Amtsgericht angedroht wurde. Dieses polizeiliche Vorgehen ist auf einen Strafantrag des katholischen Pfarramts, der auf Beschimpfung und Verhöhnung von Einrichtungen der katholischen Religion hinausläuft, zurückzuführen. Gegen die „Nordhäuser Zig.“, welche eine Geschäftsanzeige von K. brachte, welcher ein Abbild des Gruppenbildes beigegeben war, ist von dem katholischen Pfarramt gleichfalls Strafantrag gestellt worden. Sollten nun nicht bald Gräber's löbliche Mönchsbilder auf den katholisch-preussischen Jandergesetzt werden?

### Soziales.

**Krankenkassenwesen.** Der Bauhandwerker-Krankenkasse (E. H.) in Berlin, der Sankt Remigius-Krankenkasse (E. H.) in Wierßen, der Maler- und Radierer-Kranken- und Sterbekasse zu Hannover und Linden (E. H.), der „Humanität“, Krankenkassenunterstützungs-Kasse für Bauhandwerker im Amtsbezirk Schawoite und Umgegend (E. H.), der Kranken- und Begräbniskasse des Vereins der Berliner Gasthofbesitzer (E. H.), der Kranken- und Sterbekasse zu Naurow (E. H.), der Krankenkassenunterstützungs-Kasse für die Maurer-, Zimmerer- und Schiffbau-Gesellen von Behnin und Umgegend (E. H.), und dem Wilhelm-Verein (E. H.) in Danzig ist vom preussischen Handelsministerium die Beschleunigung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügen.

30 pCt. Dividende auf das Jahr 1896 wird im Geschäftsbericht der Hamburg-Altonaer Centralbahn-Gesellschaft vorgeschlagen. Da ist es doch wahrlich, schreibt das „Hamb. Echo“, an der Zeit, daß die Gesellschaft auch einmal daran denkt, die Gehälter der Schaffner, Wagenführer u. s. w. aufzubessern und ihr Personal nicht noch länger auf die Trinkgelder des Publikums anzuweisen.

Die Sangerhäuser Aktien-Maschinenfabrik wird für das Geschäftsjahr 1896/98 voraussichtlich wieder 22 1/2 pCt. Dividende verteilen.

**Arbeiter-Risiko.** Aus Kiel wird uns geschrieben: Ein großes Unglück ereignete sich am Sonnabend Morgen bei der Abfahrt des Arbeiter-Dampfers nach der Germania-Werft. Der Kesselschmied Andersen versuchte auf den schon im Abfahren begriffenen Dampfer zu springen, wurde jedoch beim Vorbeistreichen des Dampfers an den Brückenposten so schrecklich in dem sich bildenden Zwischenraum von ca. 15-17 cm zwischen Brücke und Dampfer gedrückt, daß ihm der Brustkasten zerquetscht wurde. In hoffnungslosem Zustand liegt Andersen jetzt im Krankenhaus und wird, wenn er wieder aufkommen sollte, zeitweilig ein Krüppel bleiben. Und wer ist Schuld an dem Unglück? Bei der geringsten Verpätung von nur 5 Minuten muß der Arbeiter einen vierel Tag verpfänden, und so versuchen die Arbeiter natürlich, wenn sie sich verpäten, noch schnell auf den Dampfer zu springen. Wenn man ihnen Gelegenheit geben wollte, stündlich anzufangen, so brauchen sie sich nicht der Gefahr des Verunglückens auszusetzen.

**Wohnungsverhältnisse in Hamburg.** Das Ergebnis der Anfangs Dezember 1896 in der Stadt Hamburg vorgenommenen Ermittlung des Bevölkerungsstandes und der Wohnungsverhältnisse liegt jetzt vollständig vor. Wir entnehmen der vom statistischen Bureau der Steuerdeputation in Hamburger Blättern veröffentlichten Tabelle folgende Zahlen:

Die Gesamtbevölkerung (mit Ausnahme der Personen auf den Schiffen), deren Zuwachs vom Jahre 1888 an eine Abnahme zeigte und die sich im Jahre 1892 fogar um 0,45 pCt. verringerte, nahm in den folgenden Jahren um 2,15, 1,86 und 2,57 pCt. zu; auch im Jahre 1896 hielt die Zunahme an; sie betrug 15 868 Personen oder 2,88 pCt. Danach betrug die gesammte Bevölkerung 635 085 Personen, wovon 308 584 männlich, 326 501 weiblich. Wichtiger, als die Anzahl der Gesamtbevölkerung, ist für die Beurteilung der Wohnungsverhältnisse die der Haushaltungen; dieselbe vermehrte sich 1896 von 144 348 auf 147 318 also um 2,07. Dem steht eine Vermehrung der Wohnungen nur um 2,31 gegenüber (von 171 472 auf 173 785). Doch kann daraus nicht auf eine Verschlechterung der Verhältnisse geschlossen werden. Da nämlich die Anzahl der leerstehenden Wohnungen abgenommen hat, so ergibt sich, wenn man auch die nur zu gewöhnlichen Zwecken benutzten Gassen in Abzug bringt, für die bewohnten Gassen eine Vermehrung von 188 018 auf 141 802, also um 37,89, d. i. eine etwas stärkere Zunahme, als die der Haushaltungen.

Freilich sind die Verhältnisse an sich trotz der hierin wohl liegenden kleinen Verbesserung noch traurig genug. Die Zahl der Haushaltungen überwiegt die der Wohnungen noch immer um 5316 (gegen 6385 im Vorjahre). In einem sehr großen Theil ist die Bevölkerung also so eng zusammengedrängt, daß mehr als eine Familie sich mit einer gemeinsamen Wohnung begnügen muß; im günstigsten Falle würden je zwei Familien eine Wohnung theilen. Wodurch ergibt sich, daß noch 11 092 Familien, das sind 7,5 Prozent (gegen 6,8 pCt. im Vorjahre) oder der 13. Theil aller Haushaltungen, nicht eine besondere Wohnung halten kann. Da die wohlhabenderen Familien noch weniger Köpfe zu zählen pflegen, als die ärmeren, so erkennt man, daß noch immer ein übergroßer Theil der Bevölkerung in den elendesten Verhältnissen, zusammengedrängt mit anderen Familien, wohnen muß. Das ganze Gend läßt sich aus diesen Zahlen allerdings nur ahnen, da jede genauere Angabe über die Zahl und Größe der Räume einer jeden Wohnung und die Zahl der in ihnen zusammengedrängten Menschen fehlt. Doch ist das, was auch diese dürftigen Zahlen lehren, schon gerade genug, um in dem ungesunden Zusammenwohnen vieler Familien einen recht guten Boden für Krankheiten aller Art zu erkennen, wie ja vor 4 Jahren die Cholera-Epidemie auch der Bourgeoisie zu ihrem großen Schrecken deutlich offenbarte.

### Versammlungen.

Der Kongreß der Bauarbeiter Deutschlands trat am Montag Abend in Hente's Saal zusammen, um in einer Vorversammlung die geschäftlichen Formalitäten zu erledigen. Anwesend sind 85 Delegirte, welche 47 Städte vertreten; außerdem werden 2 Vertreter der Berliner Maurerpolizei mit beratender Stimme zugelassen. Dem Kongreß liegt folgende Tagesordnung vor: 1. Bericht der Delegirten über die örtlichen Verhältnisse. 2. Organisation und Agitation. 3. Presse. 4. Der Bauarbeiter und seine Folgen für die Arbeiter. 5. Die Arbeiterausgehende. 6. Anträge.

Im Verband der Möbelpolierer (Billale Norden) sprach am 8. Februar Sattler Börsch über Parlamentarismus, Gewerkschaftsbewegung und Volksgesetzgebung. In der Diskussion wendete sich Strauch gegen den Parlamentarismus und meinte, daß man nur durch die Gewerkschaftsorganisation etwas erringen könne. Dem trat der Referent entgegen, indem er darauf aufmerksam machte, daß man wohl Lohnfragen durch die Gewerkschaft regeln kann, aber Fragen, wie die Regelung der Kinderarbeit, der Arbeitszeit u. s. w. durch das Parlament, die Gesetzgebung am wirksamsten gelöst werden. Unter Verbandsangelegenheiten stellte der Vorklende einige Fehler, welche sich in dem vom Verband herausgegebenen Jahresbericht eingeschlichen haben, richtig. Nach Besprechung einiger interner Angelegenheiten folgte der Schluß der Versammlung.

Der Verband der Holzbearbeitungsfabriken beschäftigten Arbeiter (Billale I und II) hatte am 8. Februar eine Versammlung abgehalten, in der Reichstags-Abgeordneter P e u s einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Sodann wurde beschlossen, auf der Generalversammlung den Antrag zu vertreten, den Beitrag für männliche Mitglieder auf 15 Pf. und für weibliche Mitglieder auf



